

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Barbara Koller

Integration in die Arbeitswelt im Westen

25. Jg./1992

2

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten; Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Integration in die Arbeitswelt im Westen

Zur beruflichen Eingliederung von Übersiedlern aus der ehemaligen DDR

Barbara Koller*

In der Zeit von Januar 1989 bis Juli 1990 kamen knapp 600 000 Personen aus der ehemaligen DDR als Übersiedler in die Bundesrepublik Deutschland. Die Frage nach ihrer beruflichen Eingliederung im Westen ist nicht nur von historischem Interesse, denn für den Fall, daß es diesen Übersiedlern nicht gelungen wäre, im Westen beruflich Fuß zu fassen, wären weitreichende Folgen für das Sozialgefüge der Bundesrepublik zu erwarten.

Um ihre berufliche Situation kennenzulernen, veranlaßte das IAB Ende 1990 eine Befragung bei einer Stichprobe von 606 Übersiedlern. Für die Ergebnisse bot sich ein interessanter Vergleich an, denn die berufliche Eingliederung von Übersiedlern war bereits 1984/1985 Thema einer IAB-Erhebung gewesen. Damals hatten etwa 40 000 DDR-Bürger eine Ausreisegenehmigung erhalten, weitaus mehr als in den vorausgehenden Jahren.

Es zeigte sich, daß die Übersiedler von 1989 sehr viel schneller einen Arbeitsplatz fanden, als jene, die fünf Jahre vorher in weitaus geringerer Anzahl in den Westen gekommen waren. 43% derjenigen, die als Erwerbspersonen kamen, waren innerhalb eines Monats in Arbeit. Nach einem halben Jahr im Westen hatten 82% eine Stelle gefunden. Bei den Übersiedlern von 1984 hatten nach der gleichen Aufenthaltsdauer erst 34% eine Beschäftigung. Im Erhebungszeitpunkt (die Übersiedler lebten zwischen einem und eineinhalb Jahren im Westen) waren 76% aller Befragten (das sind 83% der übersiedelten Personen) in Arbeit, 9% waren nicht erwerbstätig, 5% machten eine Ausbildung oder eine berufliche Weiterbildung und 10% waren arbeitslos gemeldet.

Der berufliche Status im Westen und die Art der Tätigkeit entsprachen häufig nicht der vorher ausgeübten Beschäftigung: So waren 22% der berufstätigen Übersiedler als Hilfsarbeiter eingesetzt, während in der damaligen DDR nur 7% von ihnen diesen beruflichen Status hatten, und 44% hatten einen Berufswechsel vollzogen (1984: 39%). Trotzdem stuften 66% der Übersiedler die neue berufliche Situation als Verbesserung im Vergleich zur Situation vor der Übersiedlung, und nur 14% als Verschlechterung ein.

Dieses Ergebnis einer insgesamt gesehen erfolgreichen beruflichen Eingliederung im Westen gilt allerdings für Männer in weitaus stärkerem Maße als für Frauen. Übersiedlerinnen hatten z. B. eine längere Sucharbeitslosigkeit, sie mußten häufiger als Männer eine Verschlechterung ihrer beruflichen Situation hinnehmen und vor allem waren die meisten Arbeitslosen Frauen.

Gliederung

- 1 Hintergrund
- 2 Datenbasis: Die Zweitbefragung von Übersiedlern aus der ehemaligen DDR – Stichprobenumfang und Ausfallgründe
- 3 Die soziodemographische Struktur der befragten Personen
- 4 Zur sozialen Integration der Übersiedler
 - 4.1 Wie heimisch fühlen sich die Übersiedler nach ein- einhalb Jahren im Westen?
 - 4.2 Nachzug von Familienangehörigen und Rückwanderungen – der „Eiserne Vorhang“ ist schon kaum mehr vorstellbar
- 5 Die wirtschaftliche Eingliederung im Westen
 - 5.1 Die Wohnsituation
 - 5.2 Die Integration in den Arbeitsmarkt im Westen
- 6 Statt einer Zusammenfassung: Die berufliche Eingliederung der Übersiedler von 1984 und von 1989 – ein Vergleich der Ergebnisse aus zwei Erhebungen

Literaturverzeichnis

I Hintergrund

Um die Jahreswende 1989/90 wurde im Auftrag des früheren Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen eine Befragung bei DDR-Flüchtlingen und Übersiedlern durchgeführt, die in den vorausgegangenen sechs Monaten als Botschaftsflüchtlinge, über Ungarn, als „genehmigte“ Übersiedler und zum Teil nach der Grenzöffnung aus der DDR in den Westen gekommen waren¹. Damals ging es z. B. noch um das Thema, ob man eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten innerhalb der nächsten Jahre für möglich halte – was nur 15% der Befragten mit Bestimmtheit annahmen. Der Schwerpunkt der Fragen bezog sich jedoch darauf, inwieweit diesen Übersiedlern, wie sie im folgenden bezeichnet werden sollen, bereits eine Eingliederung in das Erwerbsleben der Bundesrepublik gelungen war, und inwieweit sie in ihren sozialen Bezügen eine Integration erwarten ließen.

Bereits ein halbes Jahr später, am 1. Juli 1990 wurde mit dem Vollzug der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion das Notaufnahmeverfahren für Übersiedler und damit der Übersiedlerstatus abgeschafft. „Es gibt keine Übersiedler mehr“ – auf diesen Nenner wurde die neue Regelung häufig gebracht. Es war allerdings die Frage, ob sich die mit dem Wegzug aus der Heimat und dem Aufbau einer neuen Existenz verbundenen Probleme von bereits im Westen lebenden Bürger der ehemaligen DDR ebenso einfach wegdefinieren ließen wie der Status des „Übersiedlers“, denn immerhin waren allein in den eineinhalb Jahren vom 1. Januar 1989 bis 30. Juni 1990 582.238 DDR-Übersiedler in die damalige Bundesrepublik gekommen, und

* Dr. rer. pol. Barbara Koller ist wiss. Mitarbeiterin im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autorin.

¹ Da es sprachlich einfacher ist, wird die Bezeichnung „Übersiedler“ im folgenden als Sammelbegriff für Übersiedlerinnen und Übersiedler verwendet.

auch in den folgenden Monaten hielten die Wanderungen in den Westen an. Schätzungen gehen von einer Größenordnung von etwa 300.000 Personen allein für die zweite Jahreshälfte 1990 aus. Ihre Situation unterschied sich nicht sehr wesentlich von der der früheren Übersiedler. Zwar waren die Voraussetzungen für das am häufigsten genannte Motiv für Flucht und Übersiedlung, die politisch bedingte persönliche Unfreiheit (vgl. hierzu z. B. Infratest 1990, S. 17f. und Voigt u. a. 1990 S. 12, 15), spätestens nach der Vereinigung nicht mehr gegeben, alle weiteren Gründe, die Übersiedler veranlaßt hatten, die DDR zu verlassen – wie eine Ungewisse Zukunftsperspektive – dürften auch für spätere Abwanderer noch eine wichtige Rolle gespielt haben. Was die Startsituation bei Ankunft in den alten Bundesländern anlangt, so mußten sich Zuwanderer aus den neuen Ländern ab dem 1. Juli 1990 wie andere Bundesbürger bei einem Umzug auch, selbst um eine Wohnmöglichkeit kümmern. Nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) hatten sie bereits ab April 1990 keinen Sonderstatus mehr. Sie wurden mit einer achtwöchigen Sperrzeit belegt, wenn sie allein wegen des Umzugs in den Westen ihren Arbeitsplatz aufgegeben hatten. Das führte in manchen Fällen zu einer längerfristig geplanten Übersiedlung, bei der Wohnungs- und Berufsfragen vor dem Umzug gelöst wurden. Für alle trifft das jedoch nicht zu.

Wenn es also um Fragen der wirtschaftlichen und beruflichen Eingliederung von Übersiedlern geht, so ist dabei nicht nur an jene Personen zu denken, die in den Notaufnahmehäusern registriert und gezählt wurden und damals Thema Nr. 1 aller Medien waren, sondern es sind auch jene Zuwanderer aus der ehemaligen DDR einzubeziehen, die in den ersten Monaten nach der Abschaffung des Übersiedler-Status in den Westen kamen: Sie haben die gleiche berufliche und politische Sozialisationsgeschichte, sie hatten zu jener Zeit in ihrer Region noch keine wesentlich andere wirtschaftliche Perspektive als die Übersiedler, die ein paar Monate früher in den Westen gegangen waren, und sie hatten im Westen ähnliche Voraussetzungen für einen neuen Start.

Es war also ein sehr großer Personenkreis, der ziemlich unvorbereitet und ungeplant den Sprung in den Westen wagte. Sollte vielen von ihnen eine Eingliederung in das berufliche und soziale Leben im Westen nicht gelingen, bedeutet das nicht nur für die Betroffenen einen Bruch in ihrer Biographie. Das Entstehen einer solchen neuen sozialen Randgruppe könnte auch nachhaltige Auswirkungen auf das Sozialgefüge der alten Bundesländer haben. Diese Probleme lösen sich durch die Vereinigung nicht von selbst, denn diejenigen, denen eine Integration im Westen nicht gelingt, können nicht einfach zurück und dort wieder anfangen, wo sie aufgehört haben. Vor allem weil inzwischen alles anders ist.

In welchem Umfang Übersiedler im Westen beruflich eingegliedert waren, war zum Zeitpunkt der Vereinigung, im Oktober 1990 trotz der Aufmerksamkeit, die dieses Thema gefunden hatte, nicht exakt bestimmbar. Die Medien griffen zwar häufig Schicksale von Übersiedlern auf, die im Westen gescheitert waren oder die besonders schnell zu wirtschaftlichem Erfolg kamen, von der Bundesanstalt für Arbeit wurden die Zahlen der arbeitslosen Übersiedler registriert und veröffentlicht, es war jedoch weder exakt bekannt, wieviele Erwerbspersonen in den Westen gekommen waren, noch konnte abgeschätzt werden, inwieweit all jene, die sich nicht arbeitslos gemeldet hatten, tatsächlich eine Beschäftigung hatten.

Unter diesem Aspekt bedeutete es eine günstige Gelegenheit, daß jene bereits erwähnte Stichprobe von 1.000 Übersiedlern, die im Dezember 1989 und Januar 1990 Auskunft über ihren Start im Westen gegeben hatten, im vierten Quartal 1990 zum weiteren Verlauf ihrer beruflichen und sozialen Eingliederung befragt werden konnten. Die Ergebnisse waren nicht nur ein Beitrag zur Verbreiterung und empirischen Absicherung des Wissens über die berufliche Eingliederung und die soziale Situation von Übersiedlern, sie boten zusätzlich die Grundlage für interessante Vergleiche: Bereits 1984/85 war im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) eine Untersuchung zur beruflichen Eingliederung von Übersiedlern aus der DDR durchgeführt worden (Hofbauer 1985). Der Anlaß für die damalige Untersuchung (Stichprobenumfang 4.100 Personen) war ein starker Anstieg der Übersiedlerzahlen. Mit 40.974 Personen waren 1984 fast viermal so viele Übersiedler in den Westen gekommen, wie in der vorausgehenden Zeit jeweils pro Jahr ausreisten. Soweit sinnvoll, sollten an die Übersiedler von 1989, die in einem mit der Situation von 1984 nicht vergleichbaren Zuwandererstrom kamen, andererseits jedoch auf einen inzwischen etwas aufnahmefähigeren Arbeitsmarkt trafen, die gleichen Fragen wie an die Übersiedler von 1984 gestellt werden.

Vorher war allerdings zu klären, ob überhaupt ein ausreichend großer Anteil der Befragungspersonen von 1989 wieder erreicht werden konnte. Zwar hatten etwa 94% von ihnen bei der Erstbefragung ihr Einverständnis für eine Wiederholungsbefragung gegeben, es war jedoch mit vielen Umzügen zu rechnen, denn bei der Befragung im Winter 1989/90 wohnten ledig 18% der Interviewpartner in einer eigenen Mietwohnung. Alle übrigen hatten Unterkünfte, die man nur als „Zwischenlösung“ bezeichnen kann. Sie waren z. B. in Kasernen, Schulen, Pensionen, eingewiesen worden (61%) oder wohnten bei Verwandten oder Bekannten (10%).

Die Adressenrecherchen verliefen erfolgreich. Ein relativ großer Teil der Erstbefragten hatte Umzüge beim Einwohnermeldeamt oder der Post gemeldet. Die Voraussetzungen für eine Erreichbarkeit bei der Wiederholungsbefragung waren also günstig.

2 Datenbasis: Die Zweitbefragung von Übersiedlern aus der ehemaligen DDR – Stichprobenumfang und Ausfallgründe

Mit Stichprobenausfällen in Wiederholungsbefragungen muß bei jeder Panelerhebung gerechnet werden. Dabei besteht immer die Gefahr, daß die Ausfallursachen nicht stichprobenneutral sind, es also Gründe für die Annahme gibt, daß sich die Nichterreichbaren von den Panelteilnehmern in einer Weise unterscheiden, die Einfluß auf die Ergebnisse hat. Im folgenden sei deshalb kurz besprochen, auf welche Nettostichprobe sich die Ausgangsstichprobe reduzierte, welche Ausfallgründe es dafür gab, und inwieweit ein Einfluß auf die Untersuchungsergebnisse anzunehmen ist.

Wenngleich viele der Erstbefragten Umzüge gemeldet hatten, war trotz allem der Hauptausfallgrund für die zweite Welle „unbekannt verzogen“: 167 Personen, also 18% konnten nicht mehr befragt werden, weil sie Adressenänderungen nicht gemeldet hatten und auch durch die Adressenrecherchen der Interviewer nicht aufgefunden werden konnten. Vergegenwärtigt man sich die Situation zum Jahresende 1989, kann man diesen Anteil nur als erstaunlich niedrig bezeichnen, denn Übersiedler wurden häufig von

einer „vorläufigen Unterbringung“ in eine andere umquartiert und hatten wenig Anlaß, diese Situation jeweils den Behörden zu melden.

Ein zweites Ergebnis der Adressenrecherchen ist insofern erwähnenswert, als es hierzu weder aus der amtlichen Statistik noch aus anderen empirischen Untersuchungen gesicherte Daten gibt: Von den 944 Personen der Ersterhebung waren etwa 9 Monate später fast 6%, nämlich 56 Personen nachweislich wieder in die ehemalige DDR zurückgekehrt. Da der Fragebogen die berufliche und soziale Eingliederung im Westen thematisierte, wurden sie nicht in die Untersuchung einbezogen.

Die bereinigte Bruttostichprobe, also die Personen, die potentiell für eine Wiederholungsbefragung zur Verfügung standen, umfaßte somit 721 Personen. Verwertbare Interviews konnten schließlich mit 606 Personen durchgeführt werden, das sind 84% der Bruttostichprobe. Die Interview-Ausfälle waren auf Gründe zurückzuführen, mit denen man bei jeder empirischen Erhebung rechnen muß: Die Interviewer haben z. B. aufgegeben, weil sie trotz einiger Versuche die Zielperson nicht erreichten oder überhaupt niemanden aus dem Haushalt antrafen, in 20 Fällen gab es explizite Verweigerungen und schließlich führte die Tatsache, daß die Untersuchung (aus Kostengründen) als schriftliche Befragung angelegt war und erst in einem nachfolgenden Schritt bei Personen, die den Fragebogen nicht zurückgeschickt hatten, Interviewer eingesetzt wurden, zu Ausfällen: Einige Fragebogen waren nicht verwertbar, weil persönliche Daten zwischen der 1. und 2. Welle nicht übereinstimmten, was z. B. darauf zurückgeführt werden kann, daß nicht die Zielperson, sondern ein anderes Haushaltsmitglied den Fragebogen ausfüllte. Weitere Ausfallgründe waren Krankheit oder längere Abwesenheit der Zielperson.

Was den Einfluß der Ausfallgründe auf die Repräsentativität der Ergebnisse anlangt, so ist am ehesten für jene

Gruppe von Personen, für die keine Adressenaktualisierung möglich war, ein Einfluß zu vermuten. Wenn man die Tatsache, daß sich Übersiedler bei Umzügen ummeiden bzw. eine Nachsendeadresse angeben, als Indikator für erste Bindungen im Westen (an Personen oder Institutionen) betrachtet, könnte man im Umkehrschluß annehmen, daß Personen, die das nicht tun, zumindest zum Zeitpunkt ihres Umzugs weniger integriert waren. Diese Hypothese ließ sich durch entsprechende Auswertungen überprüfen. Anhand der Antworten auf zwei Fragen aus der ersten Erhebungswelle, nämlich derjenigen, inwieweit sich die Hoffnungen, mit denen man in den Westen gekommen sei, erfüllt hätten, und der Frage, ob man schon einen Arbeitsplatz habe, wurde untersucht, ob sich Panelteilnehmer bei der Erstbefragung in ihrer Eingliederungssituation von den Personen unterschieden, die kein zweites Mal befragt werden konnten.

Wie aus Tabelle 1 ersichtlich ist, waren jene Personen, die in beiden Erhebungswellen erreicht werden konnten, tatsächlich gemessen an den oben angeführten Kriterien im Zeitpunkt der Erstbefragung besser integriert als diejenigen, die an der zweiten Erhebungswelle nicht mehr teilnahmen: Von den Panelteilnehmern sahen mehr Personen ihre mit der Übersiedlung verbundenen Hoffnungen voll und ganz erfüllt als von den Nichtteilnehmern, und von den Panelteilnehmern hatte zum Zeitpunkt der Erstbefragung, also Ende 1989, ein höherer Anteil bereits eine Arbeitsstelle als von den Nichtteilnehmern.

Bei der Betrachtung der verschiedenen Gruppen von „Nichtteilnehmern“ zeigt sich zwar für jede dieser drei Gruppen ein ungünstiger Integrationsgrad als für Panelteilnehmer, signifikant waren die Unterschiede jedoch nur im Vergleich zu jener Teilgruppe, die für die Zweitbefragung nicht mehr aufgefunden werden konnte. Was die Übersiedler betrifft, die binnen Jahresfrist wieder in die ehemalige DDR zurückgekehrt waren, so verlief ihre berufliche Eingliederung nicht wesentlich ungünstiger als

Tabelle 1: Die Eingliederungssituation von Panelteilnehmern und von Übersiedlern, die nur an der Erstbefragung teilnahmen, zum Zeitpunkt der Ersterhebung (Angaben in %)

Befragtengruppen	Haben sich die Hoffnungen, mit denen man in den Westen kam, erfüllt?				Beschäftigungssituation zum Zeitpunkt der Ersterhebung				Zahl der Fälle
	voll und ganz	teilweise	nicht	keine Antwort	arbeite schon	habe eine Stelle fest in Aussicht	suche Arbeit	suche keine Arbeit	
Panelteilnehmer (= Teilnehmer von Welle 1 und Welle 2)	38,8	51,3	8,9	1,0	46	14,2	30,3	9,5	606
Teilnehmer von Welle 1 – für Welle 2 Adresse nicht aktualisierbar	26,9**	58,7	13,2	0	35**	17,4	37,7	9,6	167
Teilnehmer von Welle 1 – im Zeitpunkt von Welle 2 wieder in der ehemaligen DDR lebend	23,2*	58,9	17,9	–	39,3	16,1	35,7	8,9	56
Teilnehmer von Welle 1 – Nichtteilnahme an Welle 2 aus sonstigen Gründen	31,7	58,5	8,9	0	40,7	11,4	34,1	13,8	115
Zahl der Fälle abs. in %	329 34,8	510 54	96 10,2	9 1	406 43	137 14,5	306 32,4	95 10,1	944 100

* signifikant (5%-Niveau), niedriger als bei Panelteilnehmern ** hochsignifikant (1%-Niveau), niedriger als bei Panelteilnehmern

bei den Panelteilnehmern. Dessen ungeachtet meinten aus dieser Gruppe am wenigsten Befragte, daß sich die Hoffnungen, mit denen sie in den Westen gekommen waren, voll und ganz erfüllt hätten².

Bei den folgenden Ergebnissen ist also mit zu bedenken, daß jene Übersiedler, die in der zweiten Erhebungswelle nicht erreicht werden konnten, zum Zeitpunkt der Ersterhebung signifikant schlechter integriert waren als Personen, deren Adresse aktualisierbar war. Die Vermutung ist naheliegend, daß diese Unterschiede zumindest in der Tendenz auch ein Jahr später noch bestanden, daß also der Integrationserfolg der Übersiedler auf der Basis unserer Ergebnisse etwas überschätzt wird. Gravierend jedoch nicht, denn die Nichterreichbaren machten nur etwa ein Fünftel aller Befragungspersonen aus, und auch für sie kann nicht pauschal ein Mißlingen der beruflichen und sozialen Eingliederung unterstellt werden, es kann lediglich vermutet werden, daß der Anteil von Personen mit Problemen in der beruflichen Eingliederung bei diesem Teil der Erstbefragten größer ist als bei jenen, die auch für eine Zweitbefragung zur Verfügung standen.

3 Die soziodemographische Struktur der befragten Personen

In empirischen Untersuchungen wird die Repräsentativität einer Stichprobe meist durch einen Vergleich der soziodemographischen Struktur von Grundgesamtheit und Teilerhebung überprüft. Dahinter steht implizit die Hypothese, daß diese soziodemographischen Merkmale in engem Zusammenhang mit dem Verhalten stehen, um das es in der Erhebung eigentlich geht. Was die berufliche Eingliederung von Übersiedlern betrifft, so gibt es hierfür tatsächlich gute Anhaltspunkte. In der Untersuchung zur Situation der Übersiedler von 1984 (vgl. Hofbauer 1985) zeigte sich, daß die Eingliederungschancen von Übersiedlern innerhalb des Rahmens, den konjunkturelle Situation und regionale Arbeitsmarktlage setzen, im Prinzip von den gleichen Faktoren bestimmt werden, die auch für den Eingliederungserfolg von einheimischen Arbeitssuchenden maßgeblich sind: Läßt man persönliche Eigenschaften außer acht, hängt das Gelingen der beruflichen Integration für den einzelnen Übersiedler sehr wesentlich von seiner mitgebrachten beruflichen Qualifikation und seinem Alter ab. Außerdem macht sich für Zuwanderer aus der ehemaligen DDR das Geschlecht – nämlich, eine Frau zu sein – noch stärker als Risikofaktor auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar als das für Frauen aus den alten Bundesländern der Fall ist. Letztere ziehen sich, wenn sie in ihrer Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt (z. B. weil sie Kinder zu betreuen haben) eingeschränkt sind, häufig ganz vom Arbeitsmarkt zurück, während Übersiedlerinnen in der ehemaligen DDR unabhängig von ihrer Familiensituation erwerbstätig sein konnten und diese Erwerbstätigkeit in der Regel im Westen fortsetzen wollten.

Bereits erste Erhebungen zur Übersiedler- und Flüchtlingswelle im Herbst 1989 (vgl. Voigt u. a. 1990) machten deutlich, daß es nicht ein „Querschnitt“ der Bevölkerung

² Das trotz des großen Unterschieds zu den Panelteilnehmern relativ niedrige Signifikanzniveau ist auf den geringen Stichprobenumfang zurückzuführen.

³ Diese Aussagen gelten nicht in gleichem Maße für die Übersiedler von 1984, da diese unter anderen Rahmenbedingungen in den Westen kamen. Die Befragungspersonen der IAB-Erhebung von 1984/85 waren zwar auch wesentlich jünger als die Bevölkerung der DDR, das liegt aber auch daran, daß in die Erhebung nur Erwerbspersonen einbezogen wurden.

war, der sich zur Flucht oder Abwanderung in den Westen entschloß, sondern daß, wie fast immer bei Migrationen, jüngere Personen, Männer und Alleinstehende stärker beteiligt waren³. Dementsprechend wurde für die nach dem Quotenverfahren gebildete Stichprobe zur ersten Erhebungswelle eine Verteilung von 40% Frauen zu 60% Männern festgelegt, während in der DDR-Bevölkerung Frauen überrepräsentiert waren (52% zu 48%). Auch der Familienstand war in der ersten Erhebung entsprechend der für Übersiedler typischen Strukturverteilung (verglichen mit der DDR-Bevölkerung überproportional viele Ledige, unterproportional niedriger Anteil von Verwitweten und damit auch älteren Menschen) quotiert worden.

Diese extremen Unterschiede zwischen DDR-Bevölkerung und Übersiedlern haben sich von der ersten zur zweiten Erhebungswelle etwas verringert. Wie aus Tabelle 2

Tabelle 2: Soziodemographische Daten der Übersiedler der IAB-Untersuchungen von 1990 und 1984/85; Strukturdaten aus anderen Untersuchungen; Strukturmerkmale der DDR-Bevölkerung

Merkmal/ Ausprägungen	Übersiedler der IAB- Erhebung 1990	Übersiedler der IAB- Erhebung 1984/85	Übersiedler in anderen Erhebungen	DDR- Bevölke- rung
<i>Geschlecht</i>				
männlich	57	46	62 ¹⁾	48 ³⁾
weiblich	43	54	38	52
<i>Familienstand</i>				
verheiratet	60		53 ¹⁾	63 ³⁾
ledig	31		35	18
geschieden	9		12	7
verwitwet	1		1	11
<i>Berufsausbildungs- abschluß</i>				
kein Abschluß	6	17	7 ²⁾	21 ³⁾
Facharbeiter- abschluß	73	60 ³⁾	61	55
Meisterabschluß	5		5	4
Ingenieur-/Fach- schulabschluß	8	9	17	13
Hochschulabschluß	7	13	9	7
<i>Schulbildung</i>				
8 Klassen	22		18 ²⁾	37 ⁴⁾
Abschluß 10. Klasse	61		64	50
Abitur	16		16	13
<i>Altersgruppen</i>				
bis unter 25 Jahre	24	20	25 ²⁾	14 ^{3/6)}
25 bis unter 35 Jahre	42	39	37	21
35 bis unter 45 Jahre	24	28	23	15
45 bis unter 55 Jahre	7	11	11	19
55 Jahre und älter	2	2	5	33

¹⁾ Voigt, D. u. a.: Soziodemographische Struktur und Einstellungen von Flüchtlingen/Übersiedlern aus der DDR vor und nach der Grenzöffnung. Unveröffentlichtes Manuskript 1990

²⁾ Troltsch, K.: Qualifikations- und Berufsfindungsprobleme von Übersiedlern aus der ehemaligen DDR – Ergebnisse einer Repräsentativbefragung zur beruflichen Integration von Übersiedlern. Hrsg.: Bundesinstitut für Berufsbildung, Der Generalsekretär, Berlin/Bonn 1992, Veröffentlichung in Vorbereitung

³⁾ Statistisches Jahrbuch der DDR 1989

⁴⁾ Ergebnis aus der Basiserhebung des Sozioökonomischen Panels in der DDR im Juni 1990

⁵⁾ hier ausgewiesen: Facharbeiterabschluß einschließlich Meisterabschluß

⁶⁾ bezogen auf Personen ab 18 Jahren

ersichtlich ist, war in der zweiten Erhebungswelle, deren Ergebnisse hier vorgestellt werden, der Anteil von Frauen zu Männern 43% zu 57%, 31% der Befragten waren ledig (erste Erhebungsstufe 37%).

Trotz der nicht vollkommen strukturneutralen Stichprobenauffälle von der ersten zur zweiten Erhebungswelle, spiegelt die Stichprobe unserer Erhebung die für die Gesamtheit der Übersiedler typischen Abweichungen von der Struktur der DDR-Bevölkerung gut wider⁴. So zeigte sich sowohl in der IAB-Erhebung 1990 als auch in einer Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung (Stichproben-Umfang ca. 3.400 Personen), daß Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung und mit niedriger Schulbildung bei den Übersiedlern zu einem geringeren Anteil vertreten waren als in der Gesamtbevölkerung der DDR. Auch die Beobachtung, daß vor allem jüngere Menschen in den Westen flüchteten oder übersiedelten, wird durch die Untersuchung bestätigt. Das Durchschnittsalter (nicht tabellarisch ausgewiesen) lag in der ersten Erhebungsstufe bei 30 Jahren, in der zweiten (ein knappes Jahr später) bei 32 Jahren (was auf einen geringfügig stärkeren Stichprobenschwund bei jüngeren Personen zurückzuführen ist). Über 60jährige waren in beiden Erhebungswellen nur zu jeweils einem Prozent in der Stichprobe vertreten, 82% aller Befragten (zweite Welle) waren zwischen 18 und 39 Jahren alt⁵.

Dementsprechend hoch war die Erwerbsquote der befragten Übersiedler (nicht tabellarisch ausgewiesen). 92% wollten im Westen arbeiten oder (zu einem geringen Anteil) eine Berufsausbildung beginnen oder fortsetzen. Bei der Aufgliederung nach Geschlecht zeigte sich zwar eine höhere Erwerbsquote der Männer (96%), sie liegt jedoch auch bei den Frauen, wie zu erwarten war, sehr hoch, nämlich bei 83%⁶.

Insgesamt repräsentieren die Übersiedler unserer Untersuchung die Grundgesamtheit der Übersiedler aus der ehemaligen DDR in eingliederungsrelevanten Strukturmerkmalen sehr gut: Es handelt sich zu einem großen Teil um jüngere Menschen im erwerbsfähigen Alter, die eine abgeschlossene Berufsausbildung, vornehmlich einen Facharbeiter-Abschluß, mitbringen. Sie haben damit relativ günstige formale Voraussetzungen für eine berufliche Einglie-

Was die Befragungspersonen der IAB-Erhebung von 1984/85 betrifft, so waren diese in den ausgewiesenen Strukturmerkmalen der DDR-Bevölkerung ähnlicher als die Übersiedler von 1989. Sie hatten jedoch auch den Eingliederungsvorteil, daß sie mehrheitlich zu den jüngeren Altersgruppen gehörten.

4 Zur sozialen Integration der Übersiedler

Aus makrosoziologischer Sicht wird unter Integration die gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben, an den Daseinsvorsorgesystemen sowie am Kultur- und Geistesleben verstanden (vgl. Nahm 1971, S. 162)⁷. Eine solche umfassende Integration ist ein Prozeß, der Zeit erfordert und möglicherweise innerhalb einer Generation gar nicht erreicht werden kann. Insofern können auch durch eine Befragung in den ersten Jahren der Übersiedlung keine abschließenden Aussagen zum Grad der sozialen Integration von Übersiedlern gemacht werden. Dieses Thema hat auch in einer Untersuchung zur beruflichen Eingliederung nicht allererste Priorität, irrelevant ist es jedoch keinesfalls. So war z. B. die Situation von Übersiedlern, die wegen ihrer sozialen Isolation im Alkohol Trost suchten und schließlich den Arbeitsplatz verloren oder wegen Alkoholproblemen von vornherein keine Chance hatten, beruflich Fuß zu fassen, während des großen Übersiedlerstroms nicht nur ein beliebtes Human-Touch-Thema für die Medien, sondern für manche Betreuer in Übersiedlerwohnheimen auch konkrete Wirklichkeit.

Im folgenden sollen nicht alle denkbaren Aspekte der sozialen Integration von Übersiedlern besprochen werden, was auf der Basis einer schriftlichen Befragung ohnehin nicht möglich ist. Wir gehen darauf ein, wie Übersiedler ihre sozialen Kontakte im Westen erlebten und befassten uns mit der Frage, inwieweit und mit welchen Plänen sie an eine Rückkehr in die ehemalige DDR dachten.

4.1 Wie heimisch fühlen sich die Übersiedler nach eineinhalb Jahren im Westen?

Zum Zeitpunkt der Erstbefragung fühlte sich ein relativ großer Teil der Übersiedler im Westen sozial isoliert. Auf die offene Frage, ob es etwas gäbe, was man im Westen stark vermisse, nannten einige wenige Befragte soziale Einrichtungen, die in der DDR üblich waren, wie Kindergärten, niedrige Mieten usw. Alle übrigen Antworten der Personen, die im Westen etwas stark vermißten (und das waren 57% aller Befragten), hatten damit zu tun, daß man vertraute Sozialkontakte („meine Verwandten“, „meine Freunde, Kollegen“ oder auch „Solidarität“, „Gemeinschaftsgefühl“) vermisse.

Wie sieht es damit nach eineinhalb Jahren im Westen aus? Fühlen sich die Übersiedler inzwischen ein wenig heimischer? Ist es ihnen gelungen, hier neue Freundschaften aufzubauen?

Hinweise darauf, inwieweit die Übersiedler unserer Untersuchung sich nach eineinhalb Jahren im Westen eingelebt haben, geben vor allem die Antworten auf die auch in der Ersterhebung gestellten Fragen, ob sich die Hoffnungen, mit denen man in den Westen gekommen sei, erfüllt hätten, und ob es etwas gäbe, was man in der Bundesrepublik stark vermisse. Wie in Tabelle 1 bereits gezeigt wurde, sagten zum Zeitpunkt der Erstbefragung knapp 9% der Übersiedler aus, daß sich die Hoffnungen, mit denen sie gekommen seien, nicht erfüllt hätten; ein Jahr später waren es nur noch 3%, die ihre Hoffnungen nicht erfüllt sahen⁸.

⁴ Als Maßstab für den Vergleich mußten andere Stichprobenerhebungen herangezogen werden. Das Bundesausgleichsam erstellte zwar üblicherweise Statistiken über die Struktur aller bei den Aufnahmestellen registrierten Übersiedler. Angesichts des Andrangs und der aktuellen Unterbringungsprobleme wurde diese Aufgabe jedoch ab 1989 hintangestellt.

⁵ Die Erhebungen von Voigt u. a., a.a.O., die sich speziell mit der soziodemographischen Struktur der Übersiedler befaßten und in der Zentralen Aufnahmestelle Gießen sowie in der Außenstelle Schöppingen durchgeführt wurden, ergaben, daß im Zeitverlauf immer jüngere Menschen aus der DDR abwanderten. Während vor der Grenzöffnung (bis 8.11.89) knapp 77% der Übersiedler 39 Jahre und jünger waren, waren es in der dritten Phase jener Untersuchung (vom 14.12.89 bis 31.1.90) mehr als 84%, wobei die 22 – 29jährigen mit 41,1% die stärkste Gruppe stellten. Dementsprechend nahm auch der Ledigen-Anteil in jener Untersuchung von 30% (1. Phase) auf 42% zu.

⁶ Bei einer statistisch ganz korrekten Berechnung (Vernachlässigung jener vier Übersiedlerinnen, die nicht mehr im Erwerbsalter sind), erhöht sie sich auf 84%. Sie ist damit immer noch niedriger als die für die ehemalige DDR angenommene Frauenerwerbsquote, diese lag nach Angaben des DIW bei rund 90% (vgl. DIW Wochenbericht 41/90 S. 575).

⁷ Eine eingehende Auseinandersetzung mit dem Integrationskonzept und seiner Anwendbarkeit für die Beschreibung von Eingliederungsproblemen ethnisch gleicher Zuwanderergruppen findet sich bei Lüttinger 1989.

⁸ Dieser Vergleich kann sich natürlich nur auf die durchgehende Panelmasse, also die Teilnehmer von beiden Befragungsstufen beziehen. Wie in Zusammenhang mit Tabelle 1 besprochen, ist der Anteil von Personen, die im Zeitpunkt der Ersterhebung ihre Hoffnungen nicht erfüllt sahen, bei den Nichtteilnehmern der Zweibefragung etwas höher, der Aufwärtstrend von der ersten zur zweiten Erhebungswelle ist jedoch auch für diese Gruppe anzunehmen.

Auch der Anteil von Personen, deren Hoffnungen sich voll und ganz erfüllt hatten, ist von der ersten zur zweiten Erhebungswelle stark, nämlich von knapp 39% auf 57% angestiegen. Dieses Ergebnis könnte man dahingehend interpretieren, daß sich die große Mehrheit der Übersiedler im Westen gut eingelebt hatte. Andererseits sind erfüllte Hoffnungen nicht notwendigerweise mit gelungener Integration gleichzusetzen, zumal sich die Hoffnungen der meisten Übersiedler, wie die Erstbefragung zeigte, vor allem auf wirtschaftlichen Erfolg bezogen. Außerdem ist bei Fragen dieser Art wohl immer von einem Antwortbias in positiver Richtung auszugehen, da nicht erfüllte Hoffnungen als Zeichen persönlichen Versagens aufgefaßt werden könnten.

Diese Überlegungen werden durch folgendes Ergebnis bestätigt: Es waren in der zweiten Erhebungswelle immer noch (wie in der Erstbefragung) 57%, die angaben, daß es etwas gäbe, was sie persönlich stark vermissen. Und auch in der zweiten Erhebungsstufe bezogen sich die Nennungen fast ausschließlich, nämlich zu mehr als 90%, auf den Bereich der sozialen Beziehungen. Wobei auch für Personen, die hier keine Probleme ansprachen, nicht von vornherein angenommen werden kann, daß sie in ihrem neuen sozialen Umfeld integriert waren. Manche erweckten eher den Eindruck, daß sie so vorrangige Existenzprobleme hatten, daß sie den Wunsch nach Geborgenheit und Wärme hintanstellten. Am häufigsten wurde in diesem Zusammenhang das Fehlen einer Wohnung und von Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder beklagt⁹.

In den Konkretisierungen dessen, was sie im Westen stark vermißten, sprach ein Teil der Befragten Kontakte an, die sie verloren oder aufgegeben hatten: Ich vermisse „unseren alten Bekanntenkreis“, „meine Freunde und meine Oma“, „mein Kind, das mit dem Mann noch in der DDR lebt“. Andere orientierten sich stärker an ihrem neuen sozialen Umfeld und sagten aus, sie wünschten sich hier „Menschen, mit denen man freundschaftlich verkehrt“, „eine feste Freundin, die zu mir hält, mit der ich reden kann“. Viele Befragte bezogen sich nicht direkt auf Personen, sondern gaben an, sie vermißten, „Zusammengehörigkeitsgefühl“, „Kollegialität“, „menschliche Wärme“, „private Ruhe und Geborgenheit“. Man meinte auch, es gebe hier „keine Hausgemeinschaft“, „kein kollegiales Verhältnis auf und nach der Arbeit“. Die Ursachen hierfür wurden von manchen explizit der „Ellenbogengesellschaft“ und der „Arroganz der Westbevölkerung“, die Übersiedler als „drittklassig“ einstufte, zugeschrieben.

Zusammenfassend kann man also feststellen, daß auch nach eineinhalb Jahren im Westen noch 57% der befragten Übersiedler angaben, daß es Dinge gäbe, die sie in der Bundesrepublik stark vermißten, und die meisten von ihnen (bezogen auf alle Befragten sind es knapp 50%) Isolation und mangelnde Geborgenheit beklagten.

Nun könnte man sagen, daß dieses Ergebnis in keiner Weise spezifisch für die Situation von Übersiedlern ist.

Auch bei einem Umzug innerhalb der alten Bundesländer vermissen die meisten Menschen anfangs ihre alten Freunde und brauchen Zeit, bis sie wieder neue engere

⁹ Das Thema Arbeitsplatz wird hier weniger angesprochen, was auch semantische Gründe hat, ein Arbeitsplatz wird nicht „vermißt“. Außerdem hatten sich die Befragten über Arbeitsplatzprobleme, soweit es welche gab, in der vorausgehenden Frage nach nicht erfüllten Hoffnungen geäußert.

¹⁰ Es waren anfangs 30 Haushalte mit 120 Personen, im Zeitverlauf stellte sich ein erheblicher Panelschwund ein. Vgl. Ronge 1990.

Kontakte aufgebaut haben. Nach den Erkenntnissen und Beobachtungen von Volker Ronge (vgl. hierzu Ronge 1990) gibt es jedoch so gravierende Unterschiede zwischen einem „normalen“ Umzug im Westen und der Situation, in der Übersiedler aus der ehemaligen DDR sind, daß die Integrationsprobleme von Übersiedlern nicht mit anfänglichen Anpassungsschwierigkeiten bei regionaler Mobilität innerhalb der alten Bundesländer gleichgesetzt werden können. Er führte bei einer relativ kleinen Gruppe von Übersiedlern, die im Jahr 1984 mit der damaligen Übersiedlerwelle in die Bundesrepublik gekommen waren, eine Langzeituntersuchung durch¹⁰, die sich auf Integrationsprozesse und -ergebnisse konzentrierte. Eines der Ergebnisse war, daß den meisten ein schneller und erfolgreicher Berufseinstieg gelang, die soziale Integration dagegen für viele schwieriger war. Er führt die Ursachen hierfür auf das „sozialistische Sozialisationsgepäck“ zurück, das sich in vielen Situationen an den hier vorherrschenden Verhaltensereignissen, Orientierungen und Mustern breche und „sich ja nicht einfach durch Umlernen abschütteln und auswechseln“ lasse (Ronge 1990, Seite 45).

Im Unterschied dazu sieht das Forscherteam um Karl F. Schuhmann keine empirische Grundlage für Ronges These einer verbreiteten sozialen Isolation der DDR-Übersiedler. Im Rahmen einer schriftlichen Befragung (durchgeführt im Sommer 1989) von 937 Übersiedlern, die in der Zeit von 1983 bis 1986 in den Westen gekommen waren, wurde auch die Frage aufgegriffen, inwieweit Übersiedler private Kontakte zu Bundesbürgern haben, und worin Ursachen für eventuelle Kontaktschwierigkeiten liegen (vgl. Schuhmann u. a. 1990). Nach diesen Ergebnissen ist die Quote der sozial Isolierten (7,5% haben keine engeren Bekannten oder Freunde, bei 26% besteht der Freundeskreis nur aus ehemaligen DDR-Bürgern) nicht signifikant höher als bei der Westbevölkerung. Kontaktschwierigkeiten im Umgang mit den Westdeutschen werden darauf zurückgeführt, daß diese von den DDR-Zuwanderern „tendenziell als Ich-bezogen und auf Distanzwahrung bedacht“ (Schuhmann, 1990, S. 9) erlebt werden. Für Ronges Deutung eines unterschiedlichen Wertesystems von Ost- und Westbevölkerung, das eine soziale Integration grundsätzlich erschwere, sieht Schuhmann kaum Anzeichen.

Auf der Basis unserer Erhebung soll und kann nicht entschieden werden, welche Position die empirische Realität der Situation von Übersiedlern zutreffender beschreibt. Die Übersiedler unserer Untersuchung waren erst seit so kurzer Zeit im Westen, daß noch nicht zwischen Anfangsschwierigkeiten und grundlegenderen Integrationsproblemen unterschieden werden kann. Allerdings wird die Argumentation von Schuhmann durch unsere Untersuchung insofern etwas in Frage gestellt, als auch von den Übersiedlern unserer Erhebung die meisten (fast 80%) aussagten, sie hätten im Westen schon neue Freunde oder Bekannte gefunden und diese Personen gleichzeitig angaben, daß sie sich im Westen isoliert fühlen. Neue Bekannte zu haben, ist wahrscheinlich doch kein zwingender Indikator für soziale Integration.

Was die Thesen von Ronge betrifft, so gibt es für einige der Beispiele, die er zu ihrer Untermauerung anführt, auch in unserer Untersuchung Parallelen, wie etwa dafür, daß Übersiedler sich von Arbeitskollegen auch private Kontakte erhoffen, während sich in der Bundesrepublik eine relativ starke Trennung von Arbeit und privater Freizeit herausgebildet habe. Von anderen Thesen wiederum, wie

zum Beispiel derjenigen, daß Übersiedler äußerst leistungsbereit seien und auch untertarifliche Bezahlung hinnehmen würden – was zu Unbeliebtheit bei den einheimischen Arbeitskollegen führe – ist in der allgemeinen Diskussion umstritten, inwieweit sie auch für die Übersiedler von 1989/1990 gelten. Unsere Untersuchung kann zu dieser Diskussion keinen Beitrag liefern, da hierfür die Ergebnisse aus einer standardisierten Befragung Betroffener nicht ausreichen.

Bleibt also festzuhalten, daß etwa die Hälfte der befragten Übersiedler sich auch nach eineinhalb Jahren im Westen noch sozial isoliert fühlte und darunter litt, und es Hinweise darauf gibt, daß aufgrund der unterschiedlichen Sozialisationsgeschichte der Ost- und Westbevölkerung Übersiedler größere Integrationsprobleme haben als Binnenmigranten innerhalb der alten Bundesländer.

4.2 Nachzug von Familienangehörigen und Rückwanderungen der „Eiserne Vorhang“ ist schon kaum mehr vorstellbar

Etwa 80% der befragten Übersiedler waren vor der Öffnung der Grenze am 9. November 1989 in den Westen gezogen. Sie mußten davon ausgehen, kaum mehr in die DDR zurückkehren zu können. Soweit sie nähere Angehörige zurückgelassen hatten, war es sehr ungewiß, ob diese nachkommen konnten. Bereits ein Jahr später zum Zeitpunkt der Zweitbefragung, über die hier berichtet wird, gab es keine DDR mehr, sondern „neue Bundesländer“.

¹¹ Versucht man auf dieser Basis Anhaltspunkte für das Potential an Rückkehrern bei den Übersiedlern zu erhalten, dürfte eine Zahl von 10% nicht zu hoch gegriffen sein: Von der Ausgangsstichprobe 1000 Personen waren 56 zum Zeitpunkt der zweiten Befragung bereits zurückgekehrt, 24 Personen von jenen, die ein zweites Mal befragt wurden, wollte mit ziemlicher Sicherheit zurückgehen, nimmt man an, daß von den 167 für die zweite Befragung nicht erreichten Personen nur 20 wieder in die ehemalige DDR zurückgegangen waren, liegt man bereits bei einem Rückkehreranteil von 10%.

Familiennachzügen oder Rückwanderungen standen keine formellen Hindernisse mehr entgegen.

Wie bereits ausgeführt, kann durch diese Untersuchung nicht exakt nachvollzogen werden, in welchem Umfang Übersiedler wieder zurückgingen. Nachweisbar ist es für 6% der Ausgangsstichprobe, berechnete Vermutungen gibt es für einen weiteren Anteil, denn Interviewern, die (zusätzlich zu Post und Einwohnermeldeamt) zur Adressenrecherche eingesetzt waren, wurde zu verschiedenen nicht auffindbaren Zielpersonen berichtet, diese hätten daran gedacht, wieder in die ehemalige DDR zurückzugehen. Einen Eindruck von dem Verhältnis, in dem Rückwanderungsbewegungen und weitere Nachzüge in den Westen zueinander standen, vermitteln die Antworten auf die Frage, ob Angehörige nachgekommen bzw. wieder in die ehemalige DDR zurückgegangen seien: Während von 33% aller Befragten (der zweiten Welle) weitere Angehörige in den Westen gekommen waren, traf für 5% aller Befragten zu, daß Angehörige wieder zurückgegangen waren. Im Jahr 1990 sind höchstensfalls 3% der DDR-Bevölkerung in den Westen übergesiedelt; von denjenigen, die bereits im Westen waren, haben dagegen 33% Angehörige nachgeholt (oder nicht von der Übersiedlung abgehalten). Dieses Ergebnis könnte man als Hinweis dafür werten, daß für die Mehrheit der Übersiedler die positiven Aspekte der neuen Situation bei weitem überwogen.

Als weiteren Indikator dafür, inwieweit Übersiedler im Westen bereits „Wurzeln“ geschlagen haben, kann man die Antwort auf die Frage auffassen, ob man daran denke, in die ehemalige DDR zurückzukehren und welche Pläne man für diesen Fall habe. Wie aus Tabelle 3 ersichtlich ist, wollten von den Übersiedlern unserer Untersuchung 73% auf keinen Fall zurückkehren. Eine relativ feste Rückkehrabsicht hatten – nach eineinhalb Jahren im Westen – 4% der befragten Übersiedler (2% bereiteten bereits ihre Rückkehr vor, für weitere 2% war eine Rückkehr sehr wahrscheinlich)¹¹.

Tabelle 3: Rückkehrabsichten verschiedener Teilgruppen von Übersiedlern (Angaben in %)

Wahrscheinlichkeit einer Rückkehr	Übersiedlungsweg		Wohnsituation				Erwerbssituation				Haben sich die Hoffnungen erfüllt?			Alter			insgesamt
	offiziell übergesiedelt	geflüchtet	Übergangsheim	bei Verrenten/Bekannt	zur Mietwohnung	eigenes Haus/Wohnung	berufstätig	arbeitslos	in Fortbildung/Umschulung	nicht berufstätig	voll und ganz	teilweise	nicht	unter 25 Jahren	25–39 Jahre	40 u. älter	
Werde auf keinen Fall zurückkehren	74	73	(74)	(53)	74	(57)	72	(75)	(68)	(82)	76	70	(75)	65	75	79	73
Weiß noch nicht	17	14	(13)	(33)	14	(43)	16	(10)	(19)	(8)	13	17	(13)	24	12	12	15
Werde möglicherweise zurückkehren	6	8	(4)	(13)	8	–	7	(10)	(6)	(10)	8	7	(8)	7	8	6	7
Werde sehr wahrscheinlich zurückkehren	2	3	(6)	–	2	–	3	–	(3)	–	2	3	(2)	2	3	2	2
Bin dabei, meine Rückkehr vorzubereiten	0	2	(1)	–	2	–	1	(5)	(3)	–	1	2	(2)	1	2	1	2
Keine Angabe	–	1	(1)	–	0	–	1	–	–	–	–	1	–	1	1	–	1
Summe	99	101	99	99	100	100	100	100	99	100	100	100	100	100	101	100	100
Zahl der Fälle*	221	385	78	15	503	7	460	61	31	54	232	307	53	144	359	103	606

* Die Zahl der Fälle addiert sich nicht immer auf 606, da bei der Spaltenbildung „keine“ bzw. „sonstige“ Angaben nicht berücksichtigt wurden; in gleicher Weise wird auch bei den folgenden Tabellen verfahren.

Untersucht man, welche Personengruppen am ehesten dazu tendieren, wieder zurückzugehen bzw. welche Bedingungen den Rückkehrwunsch beeinflussen könnten, zeigt sich, wie Tabelle 3 deutlich macht, keine einheitliche Tendenz. Man könnte sich zum Beispiel vorstellen, daß Personen, die in den Westen geflüchtet sind, diesen Entschluß spontan faßten und deshalb eher wieder rückgängig machen würden als jene, die offiziell und nach langwierigem Antragsverfahren in den Westen kamen. Tatsächlich jedoch unterscheiden sich die Anteile von Personen, die auf keinen Fall zurückkehren wollten, bei beiden Gruppen kaum.

Eine andere plausible Hypothese wäre, daß Personen, denen die Eingliederung im Westen weniger gut gelungen ist, eher wieder in die ehemalige DDR zurückgehen wollen. Betrachtet man als Indikator für Eingliederungsprobleme die Wohnsituation, die Erwerbssituation und die Antwort auf die Frage, inwieweit sich die Hoffnungen, mit denen man in den Westen gekommen sei, erfüllt hätten, läßt sich auch diese Hypothese nicht bestätigen. Hinsichtlich der Wohnsituation zeigt sich keine einheitliche Tendenz. Von Personen in Übergangwohnheimen schlossen genau so viele eine Rückkehr aus, wie von jenen, die bereits eine eigene Mietwohnung hatten (jeweils 74%), während andererseits sowohl Übersiedler, die noch bei Bekannten oder Verwandten lebten, als auch solche mit eigenem Haus den Gedanken an eine Rückkehr weniger häufig von sich wiesen.

Auch die Zufriedenheit mit dem Leben im Westen scheint keinen Einfluß auf Rückkehrwünsche zu haben: Von jenen, deren Hoffnungen sich im Westen nicht erfüllt hatten, faßten 12% eine eventuelle Rückkehr ins Auge, bei jenen, die ihre Hoffnungen voll und ganz erfüllt sahen, waren es 11%.

Genauso wenig hat nach den Ergebnissen von Tabelle 3 die berufliche Integration einen Einfluß auf den Wunsch, wieder in die ehemalige DDR zurückzugehen und schon gar nicht in der Richtung, daß weniger Integrierte eher wieder zurückkehren wollten. Von den arbeitslosen Übersiedlern sagten sogar etwas mehr als von jenen, die eine Arbeitsstelle hatten (75% gegenüber 72%), sie wollten auf keinen Fall in die ehemalige DDR zurückkehren.

Deutliche Abweichungen von der allgemeinen Tendenz zeigten sich bei Übersiedlern, die im Befragungszeitraum irgendeine Art von Aus- oder Fortbildung machten – von ihnen schlossen unterdurchschnittlich wenige eine Rückkehr aus – und bei Nichtberufstätigen, von diesen meinten überdurchschnittlich viele, sie wollen nicht zurückkehren. Bei beiden Gruppen schlägt der Faktor durch, der am ehesten Einfluß darauf hat, ob eine Rückkehr in die ehe-

malige DDR in Erwägung gezogen wird, nämlich das Alter: Junge Leute legen sich verständlicherweise am wenigsten auf die Aussage fest „Ich werde auf keinen Fall zurückkehren“ und gleichzeitig waren mehr als 50% der Personen, die eine Ausbildung machten, unter 25 Jahren¹². Die „Nichtberufstätigen“ waren vor allem ältere Menschen. Wie die Auswertung nach Altersgruppen zeigt, nimmt mit steigendem Alter der Anteil von Personen, die auf keinen Fall zurück wollten, stetig zu.

Die Hypothese, daß vor allem Menschen mit Integrations-schwierigkeiten im Westen wieder in die ehemalige DDR zurück wollten, bestätigte sich also nicht¹³, und sie wird auch – sofern man Schlüsse aus den Angaben von 70 Personen ziehen will – durch die Antworten auf die Frage, welche beruflichen Pläne man für den Fall der Rückkehr habe, nicht gestützt. Ein gutes Drittel der Befragten hatte noch keine konkreten Pläne, zwei Befragte wollten, wenn sie im Rentenalter sein werden, wieder zurückgehen, vier Befragte hatten vor zu pendeln, wollten also weiterhin im Westen arbeiten, aber in der ehemaligen DDR wohnen, die übrigen erweckten den Eindruck, daß sie ihre Berufstätigkeit im Westen als Startkapital für eine neue berufliche Position in der ehemaligen DDR betrachteten: Sie wollten sich entweder beruflich selbständig machen oder in der ehemaligen DDR in einer Firma aus den alten Bundesländern arbeiten.

Soweit diese Untersuchung Aussagen zum Wanderungsverhalten erlaubt, kann man zusammenfassen, daß sich die wirtschaftlich bessere Situation im Westen insofern bemerkbar machte, als Familienzusammenführung durch Nachzug von Angehörigen in den Westen geschah und nicht umgekehrt. Die zweite Tendenz, die deutlich wird, ist, daß Rückkehrpläne (von Übersiedlern, die bereits seit eineinhalb Jahren im Westen lebten) nicht auf Resignation wegen eines besonders ungünstigen Eingliederungsverlaufs hinwiesen, sondern eher darauf, daß man mit neuem Know-how neu starten wollte.

5 Die wirtschaftliche Eingliederung im Westen

Für die meisten Übersiedler unserer Erhebung bedeutete die Übersiedlung bzw. Flucht, daß sie alle Bindungen im Osten abgebrochen hatten, ohne daß der Neubeginn im Westen geregelt gewesen wäre. Zwar war für die Erstunterbringung durch das Notaufnahmeverfahren gesorgt, und auch der Lebensunterhalt war für die Anfangszeit gesichert: Sofern nicht Anspruch auf Arbeitslosen- bzw. (ab 01. 01. 1990) auf Eingliederungsgeld oder auf Rente bestand, war die Grundversorgung auf jeden Fall durch Sozialhilfe gewährleistet. Kaum jemand war jedoch übersiedelt, um sich im Westen mit einer Matratze in einer Turnhalle und der finanziellen Absicherung des Existenzminimums zu begnügen. Eine geeignete Wohnung und eine Arbeitsstelle zu finden, wurden dementsprechend auch in der ersten Erhebungswelle auf die offene Frage, was gegenwärtig das wichtigste Ziel sei, am häufigsten genannt (Wohnung: 61% aller Befragten, geeignete Arbeitsstelle, beruflicher Existenzaufbau: 55% aller Befragten).

5.1 Die Wohnsituation

Im Zeitraum der zweiten Erhebung wohnten 13% der Befragten noch in einer öffentlichen Unterbringungseinrichtung (Übergangwohnheim oder Ausweichunterbringung in einer Pension), was von Amts wegen als Übergangslösung vorgesehen ist. 2% gaben an, sie seien bei Verwandten oder Bekannten untergekommen, 83% hatten

¹² Auch von Übersiedlern, die noch bei Bekannten oder Verwandten wohnten, waren mehr als die Hälfte in dieser Altersgruppe, so daß auch hier wahrscheinlich weniger die Wohnsituation als die lange Lebensspanne, die man noch vor sich sieht, dazu führten, daß unterproportional wenige sagten, sie wollten auf keinen Fall zurückkehren.

¹³ Zu einer gegenteiligen Aussage, nämlich, daß jene zurück wollen, „die hier wie dort schwer zu Rande kommen“, kommt infas in einer Analyse zur Situation von Übersiedlerinnen (Bundesministerium für Frauen und Jugend [Hrsg.] 1991, S. 32). Auf die Frage nach Rückkehrplänen antworteten (im Februar 1991) bei einer dreistufigen Skala 3% der befragten 318 Übersiedlerinnen, sie würden bestimmt und 79% wollten auf keinen Fall zurückkehren, dabei zeigten sich keine Unterschiede zwischen berufstätigen und arbeitslosen Übersiedlerinnen. Rückkehrabsichten wurden in dieser Erhebung vor allem mit familiären Gründen und der Hoffnung, in der ehemaligen DDR eher eine Wohnung zu finden, begründet. Es gibt also im Prinzip keine Unterschiede in den Ergebnissen dieser beiden Erhebungen, sondern eher Unterschiede in den Aspekten, die als Grundlage für die Interpretation herangezogen werden.

eine Mietwohnung und 1% besaß bereits eine Eigentumswohnung oder ein eigenes Haus. Aus diesen Angaben den Schluß zu ziehen, das Wohnungsproblem sei für die meisten Übersiedler gelöst, wäre – wie Tabelle 4 deutlich macht – voreilig: 20% aller Befragten gaben an, sehr dringend eine Wohnung zu suchen, weitere 20% waren auf Wohnungssuche, konnten sich damit aber Zeit lassen. Am dringendsten war der Wohnungswunsch plausiblerweise bei Personen in Übergangseinrichtungen, aber auch von jenen, die bereits eine Mietwohnung hatten, suchten 11% dringend eine andere Wohnung, z. B., weil sie für die Familie viel zu klein war („31 m² bei zwei kleinen Kindern“) oder weil nach Ansicht der Befragten Wucherpreise dafür verlangt wurden („700,- DM für eine ehemalige Waschküche“).

Tabelle 4: Übersiedler nach Wohnsituation und Dringlichkeit, mit der sie eine (andere) Wohnung suchen (Angaben in %)

Dringlichkeit der Wohnungssuche	Wohnsituation				insgesamt
	Wohnheim/Hotel/Pension	Bei Verw./ Bekannten	Zur Miete	Eigene Wohnung/Haus	
Ja, sehr dringend	(74)	(40)	11	–	20
Ja, kann mir aber Zeit lassen	(12)	(20)	21	–	20
Nein, gegenwärtig nicht	(13)	(33)	67	(86)	59
Keine Angabe	(1)	(7)	1	(14)	1
Zahl der Fälle abs.	78	15	503	7	603
in %	13	2	83	1	100

Daß das Wohnungsproblem für jene, die davon betroffen waren, alle anderen Probleme überschattete, ist aus den Antworten auf die offene Frage, in welcher Hinsicht sich die Hoffnungen, mit denen man in den Westen gekommen sei, nicht erfüllt hätten, ersichtlich: Mit 93 Nennungen stehen Enttäuschungen, die die Wohnsituation betreffen, an der Spitze aller nicht erfüllten Wünsche. Untersucht man, welche Personengruppen am meisten Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche hatten, zeigt sich, daß es vor allem jene Teilgruppen von Übersiedlern waren, die auch andere „Handicaps“ oder Benachteiligungen aufwiesen (nicht tabellarisch ausgewiesen): Während von den Berufstätigen nur 17% dringend eine Wohnung suchten, waren es bei den Arbeitslosen 35%. Alleinerziehende Mütter waren besonders stark von der Wohnungsnot betroffen (36% suchten dringend eine andere Wohnung, bei den „vollständigen“ Familien mit Kindern waren es dagegen nur 19%). Außer-

dem hatten Übersiedler, die in der ehemaligen DDR auf Arbeitsplätzen für Ungelernte waren, mehr Probleme bei der Wohnungssuche (36% suchten dringend eine Wohnung) als höhere Statusgruppen. In diesem Zusammenhang ist allerdings zu bedenken, daß die Darstellung in Prozentangaben nur wegen der durchgehenden Vergleichsmöglichkeit erfolgte, denn die aufgeführten „Benachteiligtengruppen“ sind für sich genommen jeweils sehr klein: Nur 61 Personen, d. h. 10% der Befragten, waren arbeitslos, 53 Personen waren in der ehemaligen DDR als ungelernete Arbeiter eingesetzt, und 42 Befragte waren alleinerziehende Mütter. Zudem gibt es noch Überschneidungen zwischen diesen Personengruppen.

5.2 Die Integration in den Arbeitsmarkt im Westen

5.2.1 Die Dauer bis zur ersten Beschäftigung

Von den Befragten unserer Stichprobe wollten, wie bereits dargestellt, 92% im Westen arbeiten oder eine Ausbildung beginnen oder fortsetzen. 8% jener 557 Übersiedler, die als Erwerbspersonen in den Westen kamen, hatten bei der Arbeitsuche insofern keine Schwierigkeiten, als sie bereits zum Zeitpunkt der Übersiedlung eine Arbeit im Westen hatten. Aber auch der größte Teil der übrigen arbeitssuchenden Zuwanderer fand relativ schnell eine Arbeitsstelle. In Tabelle 5 ist für unterschiedliche Übersiedlergruppen die Warte- und Suchzeit bis zum ersten Beschäftigungsverhältnis dargestellt.

Insgesamt hatten innerhalb des ersten Monats nach der Übersiedlung bereits 43% der Übersiedler, die als Erwerbspersonen kamen, eine Beschäftigung aufgenommen, innerhalb von drei Monaten waren es schon 72%, nach einem halben Jahr im Westen hatten bereits 82% eine Arbeitsstelle. Von jenen Übersiedlern, die bis dahin noch kein Beschäftigungsverhältnis aufgenommen hatten, fand auch im darauffolgenden halben Jahr nur knapp die Hälfte eine Stelle. Im Befragungszeitraum hatten 10% derjenigen Personen, die mit Erwerbswunsch in den Westen kamen, noch keine Arbeit aufgenommen¹⁴.

Vergleicht man diese Zahlen mit den Ergebnissen der Untersuchung zur Situation von 1984/85 (vgl. Hofbauer 1985) fällt auf, daß der Anteil von Personen, der so gut wie keine Sucharbeitslosigkeit hinnehmen mußte, bei den Übersiedlern von 1989 bei weitem höher war als damals. Bei den Übersiedlern von 1984 waren etwa 8 Monate nach der Übersiedlung erst 44% berufstätig und von diesen erwerbstätigen Übersiedlern hatten 41% ihren Arbeitsplatz innerhalb der ersten 3 Monate gefunden (vgl. Hofbauer 1985, S. 343). Bezogen auf alle Übersiedler, die mit Erwerbsabsicht in den Westen kamen, hatten 1984 etwa 18% innerhalb von 3 Monaten eine Stelle gefunden, während es bei den Übersiedlern von 1989 wie dargestellt 72% waren. Auch nach einem halben Jahr war die Differenz noch sehr beträchtlich, bis dahin hatten 34% der Übersiedler von 1984 und 82% der Übersiedler von 1989 eine Stelle gefunden¹⁵.

Die Übersiedler von 1989 konnten also sehr viel schneller in das Erwerbsleben eingegliedert werden als jene, die fünf Jahre vorher in weitaus geringerer Zahl in den Westen gekommen waren. So gut wie keine Unterschiede gibt es jedoch in einigen soziodemographischen Merkmalen, die mit einer besonders raschen bzw. schwierigen beruflichen Eingliederung verbunden waren: Sowohl in der Untersuchung von 1984/85 (vgl. Hofbauer 1985 S. 343 ff.) als auch in unserer Erhebung ergab sich, daß Frauen weitaus länger

¹⁴ Daß der Anteil von arbeitslosen Übersiedlern im Befragungszeitraum auch bei 10% der Befragten lag, ist lediglich Zufall. Jene Personen, die ursprünglich mit Erwerbswunsch in den Westen kamen, sind nicht in allen Fällen „arbeitslos“. Ein Teil von ihnen ist in Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahmen, andere sind zwischenzeitlich aus dem Erwerbsleben ausgeschieden. Andererseits wurden von denjenigen, die bereits Arbeit hatten, einige zwischenzeitlich wieder arbeitslos.

¹⁵ Bei diesem Vergleich muß allerdings berücksichtigt werden, daß Ausgangsstichprobe der Untersuchung von 1984/85 Übersiedler waren, die sich im Westen arbeitslos gemeldet hatten, während unsere Stichprobe auch Personen enthält, die im Westen von Anfang an einen Arbeitsplatz hatten. Da das jedoch nur 8% aller Befragten waren, sind diese extremen Unterschiede der Eingliederungszahlen nicht auf diese Stichprobenunterschiede zurückzuführen.

Tabelle 5: Dauer in Monaten von der Übersiedlung bis zur ersten Arbeitsaufnahme bei verschiedenen Teilgruppen von Übersiedlern, die mit Erwerbswunsch in den Westen kamen (Angaben in %)

Dauer in Monaten bis zur ersten Arbeitsaufnahme im Westen	Übersiedler-Erwerbspersonen nach Geschlecht		Übersiedler-Erwerbspersonen nach Altersgruppen			Übersiedler-Erwerbspersonen nach Schulabschluß			Übersiedler-Erwerbspersonen nach beruflicher Stellung in der ehem. DDR						insgesamt
	männl.	weibl.	unter 25	25-39	40 u. älter	8 Klassen bzw. 10 Klassen	Höherer Abschluß	Arbeiter		Angestellte		Mitglied e. Produktionsgem.	nicht berufstätig (i. Ausb., Hausfrau)		
								Un-/an-gelernt	Facharbeiter	einfach/mittel	gehob./leitend				
weniger als 1 Monat	56	24	59	39	(34)	48	46	(26)	(37)	53	22	(31)	(50)	(57)	43
1-3 Monate	31	27	24	30	(31)	27	27	(38)	(26)	25	38	(40)	(14)	(13)	29
4-6 Monate	7	15	6	10	(13)	10	9	(13)	(10)	9	14	(11)	(5)	(8)	10
7-9 Monate	3	10	2	6	(5)	5	5	(5)	(12)	4	8	(2)	(10)	(4)	5
10 Monate und mehr	1	6	2	3	(3)	3	3	(5)	-	1	7	(2)	(10)	(13)	4
im Befragungszeitraum noch keine Arbeit aufgenommen	3	20	5	10	(13)	7	10	(12)	(16)	7	11	(15)	(14)	(4)	10
keine Angabe	0	0	1	0	-	1	0	-	-	1	-	-	-	-	0
Summe	101	102	99	98	99	101	100	99	101	100	100	101	103	99	101
Zahl der Fälle	333	224	137	329	91	122	342	92	51	289	107	65	22	23	557

brauchten, bis sie einen Arbeitsplatz gefunden hatten, als Männer, daß die Zeit der Sucharbeitslosigkeit mit dem Alter stieg und daß Facharbeiter besonders schnell eine Arbeit fanden. Alle übrigen Berufsgruppen hatten im Vergleich zu den Facharbeitern (die mehr als die Hälfte der Übersiedler-Erwerbspersonen ausmachten) eine überdurchschnittlich lange Sucharbeitslosigkeit, die jedoch weit unter dem Niveau von 1984/85 lag.

Den Übersiedlern, die in der ehemaligen DDR als un- bzw. angelernte Arbeiter tätig waren, und jenen, die vor der Übersiedlung gehobene bzw. leitende Angestelltenfunktionen hatten, ist gemeinsam, daß sie jeweils die höchsten Anteile von (noch) nicht Berufstätigen aufwiesen, und andererseits alle, die eine Stelle hatten, innerhalb von maximal neun Monaten in den Arbeitsmarkt eingegliedert waren. Die Vermutung liegt nahe, daß bei den (noch) nicht Berufstätigen zusätzliche Handicaps vorlagen, die einer Arbeitsaufnahme entgegenstanden, das kann bei den formal höher Qualifizierten auch ein Beruf sein, der im Westen schlecht verwertbar ist. In diese Richtung weist auch das Ergebnis, daß der Anteil von Personen, die bis zum Befragungszeitraum noch keine Arbeit aufgenommen hatten, mit der formalen Schulbildung stieg¹⁶.

5.2.2 Informationswege zum Arbeitsplatz

Übersiedlern wurde häufig nachgesagt, sie zeigten bei der Stellensuche wenig Initiative und verließen sich nur auf das

¹⁶ Bei dieser Schlußfolgerung darf man allerdings die niedrigen Befragtenzahlen (51 un- oder angelernte Arbeiter, 65 gehobene bzw. leitende Angestellte) nicht aus dem Auge verlieren. Noch niedriger sind die Besetzungszahlen für Übersiedler, die in der ehemaligen DDR Mitglied einer Produktionsgemeinschaft bzw. nicht berufstätig waren, aber im Westen arbeiten wollten. Die Angaben für diese beiden Gruppen wurden lediglich der Vollständigkeit halber in Tabelle 5 aufgenommen.

¹⁷ Ähnlich hoch war der Anteil bei den Übersiedlern von 1984/85: 29% hatten ihren Arbeitsplatz durch Vermittlung des Arbeitsamtes erhalten (vgl. Hofbauer 1985, S. 347).

Arbeitsamt. Tatsächlich fanden sich zu offenen Fragen Antworten wie: „das Arbeitsamt hat mir noch keine Arbeit zugewiesen“. Für die Mehrheit der Befragten galt jedoch nicht, daß sie sich auf „Zuweisungen“ durch das Arbeitsamt verließen. Von jenen Personen, die seit ihrer Ankunft im Westen schon gearbeitet hatten (und das waren immerhin 84% aller befragten Übersiedler), kamen 27% (nicht tabellarisch ausgewiesen) durch Vermittlung des Arbeitsamts zu ihrer ersten Stelle¹⁷. Eine wichtigere Rolle spielten für die Kontaktaufnahme zum Einstellungsbetrieb persönliche Kontakte: 31% fanden ihre erste Stelle durch Informationen, die sie von Freunden, Bekannten oder Angehörigen erhalten hatten und das, obwohl nur etwa die Hälfte der befragten Übersiedler bei der Ankunft bereits Familienangehörige oder engere Freunde im Westen hatte. An dritter Stelle folgt mit 18% der Nennungen die Bewerbung auf eine Stellenausschreibung des späteren Arbeitgebers, an vierter Stelle (12%) die „Bewerbung auf Verdacht“. Von den weiteren Möglichkeiten der Kontaktaufnahme spielt zahlenmäßig nur noch ein Weg eine Rolle, der nur für diese Personengruppe und unter den Bedingungen, die bei der Übersiedlung gegeben waren, relevant ist: 6% der Übersiedler wurden im Aufnahmelager oder Übergangswohnheim von einem Vertreter ihres späteren Arbeitgebers angeworben.

Vergleicht man die Bedeutsamkeit der Erfolgswege zu einem neuen Arbeitsplatz mit dem erfolgreichen Suchverhalten der schon länger im Westen ansässigen Bevölkerung, zeigt sich eine erstaunliche Übereinstimmung: Bei Arbeitnehmern, die zuvor arbeitslos waren (was auch für die Übersiedler bei der Ankunft im Westen zutrifft), ergab sich die gleiche Rangfolge der Erfolgswege zu einem neuen Arbeitsplatz wie bei den Übersiedlern unserer Untersuchung (vgl. Blaschke 1987, S. 165, 166).

Zwischen verschiedenen Übersiedler-Gruppen gibt es allerdings sehr deutliche Unterschiede. Personen, für die

eine relativ problemlose Arbeitsmarktintegration unterstellt werden kann, kamen vor allem durch zwei Kontaktwege zu einem Arbeitsplatz (nicht tabellarisch ausgewiesen): Mit Hilfe des Arbeitsamts und durch Informationen aus dem Freundeskreis oder der Verwandtschaft. Von den unter 25jährigen z. B. fanden 71% allein über diese beiden Vermittlungswege ihre erste Stelle (zum Vergleich: über 39jährige: 47%), bei den Facharbeitern waren es 61% (gehobene Angestellte: 47%). Von den Übersiedlern, die mit einem engeren Arbeitsmarkt rechnen mußten, wurden dagegen in stärkerem Maß auch Kontaktwege, die mehr Eigenaktivität erfordern, genutzt. So haben sich z. B. 19% der ungelernten Arbeiter und 16% der gehobenen Angestellten bei einer Firma auf Verdacht beworben (Durchschnitt bei allen Übersiedlern: 12%). Der Kontaktweg „eigene Stellenanzeige“ wurde lediglich von 1% der Übersiedler mit Erfolg genutzt. Bei den Frauen waren es immerhin 2%, und von Personen mit höherem Schulabschluß fanden 4% ihre erste Stelle durch eine eigene Anzeige.

5.2.3 Die Stabilität der Beschäftigungsverhältnisse

Die Beschäftigungsverhältnisse von Übersiedlern wurden in der Öffentlichkeit als wenig stabil eingeschätzt. Einerseits wurde ihnen nachgesagt, sie seien wenig belastbar und gleichzeitig schnell bereit, die Stelle zu wechseln, wenn sie dadurch ein höheres Einkommen erwarten können, andererseits wurde auch vermutet, daß viele Übersiedler sich zumindest zum Einstieg mit wenig geschützten Beschäftigungsverhältnissen wie z. B. befristeten Stellen begnügen mußten.

Von den Übersiedlern unserer Untersuchung waren 63% der Personen, die seit der Ankunft im Westen eine Arbeit aufgenommen hatten, noch bei ihrem ersten Arbeitgeber beschäftigt, 1% war (z. B. wegen Mutterschutz) vorübergehend ausgeschieden oder machte keine Angaben zu dieser Frage, 36% arbeiteten nicht mehr an ihrem ersten Arbeitsplatz. Ihre Beschäftigungsverhältnisse wurden also wieder aufgelöst. Drückt sich darin nun eine überproportionale Instabilität der Beschäftigungsverhältnisse der Übersiedler aus? Zieht man als Vergleichsbasis die Abbruchquote von neubegonnenen Beschäftigungsverhältnissen in den alten Bundesländern heran, ist dieser Anteilssatz sogar als sehr niedrig einzustufen: Nach Berechnungen aus dem IAB (vgl. Cramer 1986, S. 243-256) lag der Anteil von neubegonnenen Beschäftigungsverhältnissen, die binnen Jahresfrist wieder endeten, über einen Untersuchungszeitraum von 6 Jahren konstant bei etwa 54%, also um fast 20 Prozentpunkte höher.

Bei diesem Vergleich ist allerdings zu berücksichtigen, daß für einen Teil der Übersiedler die Aufnahme der ersten Beschäftigung zum Befragungszeitpunkt noch keine 12 Monate zurück lag. Bis der Vergleichszeitraum „binnen Jahresfrist“ für alle Befragten erfüllt war, könnten also noch weitere Übersiedler aus ihrer Arbeitsstelle ausgeschieden sein. Zum anderen macht sich bei dieser Frage der Panelchwund besonders stark bemerkbar: 167 Personen waren nicht mehr an ihrer alten Adresse erreichbar. Sofern sie an einen anderen Ort umgezogen waren, dürften sie auch ihre Arbeitsstelle aufgegeben haben. Zum Zeitpunkt der ersten Befragung hatten 59 von ihnen bereits eine Arbeitsstelle und weitere 29 hatten damals einen Arbeitsplatz fest in Aussicht. Sogar wenn man diese 88

Personen in die Betrachtung mit einbezieht und für alle unterstellt, daß sie ihren ersten Arbeitsplatz aufgegeben haben, liegt der Anteil von binnen Jahresfrist beendeten Beschäftigungsverhältnissen nur etwa so hoch wie bei der Westbevölkerung.

Obwohl nach diesem Vergleich Übersiedler nicht häufiger aus ihrem Arbeitsplatz ausschieden als Einheimische, die binnen Jahresfrist eine neue Beschäftigung aufgenommen hatten, könnte es trotzdem eine gewisse Berechtigung für die Behauptung einer geringeren Beschäftigungsstabilität von Übersiedlern im Vergleich zur Westbevölkerung geben. Denn das Urteil, das sich in der Öffentlichkeit bildet, basiert nicht auf einem Vergleich begonnener Beschäftigungsverhältnisse (von Einheimischen und Übersiedlern), sondern es wird die Bevölkerungsgruppe Übersiedler-Arbeitnehmer mit der Bevölkerungsgruppe einheimische Arbeitnehmer verglichen. Von letzteren ist ein großer Teil jahrelang am gleichen Arbeitsplatz. Diese Personen gehen in die oben angeführte Statistik nicht ein, sie prägen jedoch das Bild der Öffentlichkeit über die Beschäftigungsstabilität einheimischer Arbeitnehmer. Die Übersiedler von 1989 waren durch den Neuanfang im Westen alle in der Situation, daß sie Beschäftigungsverhältnisse neu beginnen mußten. Vergleicht man ihre Fluktuationsrate mit derjenigen aller abhängig Beschäftigten im Westen und nicht nur mit dem Teil, der binnen Jahresfrist ein neues Beschäftigungsverhältnis einging, so kommt man für die Westbevölkerung tatsächlich zu einer niedrigeren Abbrecherquote als für die Übersiedler. Den 36% Beschäftigungsabbrechern bei den Übersiedlern steht nach Berechnungen des IAB eine Abbrecherquote von 33% bezogen auf alle abhängig Beschäftigten im Westen gegenüber. Da zusätzlich die oben erläuterte Auswirkung des Panelchwunds in Rechnung zu stellen ist, muß bezogen auf den Vergleich der Bevölkerungsgruppen (und nicht wie vorher der begonnenen Beschäftigungsverhältnisse), von einer eindeutig höheren Fluktuationsrate der Übersiedler gesprochen werden. Daraus kann jedoch nicht der Schluß gezogen werden, daß Übersiedler eine andere, z. B. eine instrumentellere Einstellung zur Arbeit haben, als die Westbevölkerung. Hohe Abbrecherquoten sind ein Merkmal neu begonnener Beschäftigungsverhältnisse, ob sie auch ein Merkmal der Teilgruppe Übersiedler sind¹⁸, könnte bei dieser Stichprobe frühestens in einigen Jahren geklärt werden, wenn man davon ausgehen kann, daß Entscheidungen für Arbeitsplätze, die nur als Übergangslösung gedacht waren, um schnell eine Einstiegsbeschäftigung zu haben, korrigiert sind.

Es wäre denkbar, daß die geringere Beschäftigungsstabilität von Übersiedlern allein auf ihre – verglichen mit Einheimischen – schlechtere Position am Arbeitsmarkt zurückzuführen ist, daß sie eher ungeschütztere Beschäftigungsverhältnisse, wie z. B. befristete Verträge, in Kauf nehmen müssen. Tatsächlich hatten von den Übersiedlern unserer Untersuchung, die nicht mehr an ihrem ersten Arbeitsplatz beschäftigt waren, bei dieser ersten inzwischen aufgegebenen Stelle nur 58% ein „normales“ unbefristetes Arbeitsverhältnis, 18% hatten einen befristeten Vertrag, 3% waren bei einer Zeitarbeitsfirma und weitere 18% hatten keinen schriftlichen Arbeitsvertrag.

Vergleicht man diese Zahlen mit der Situation einheimischer, schon länger ansässiger Arbeitnehmer, kann in dieser Hinsicht jedoch nicht von einer Schlechterstellung der Übersiedler gesprochen werden. Durch eine empirische Untersuchung zum Umfang befristeter Arbeitsverträge

¹⁸ Wahrscheinlich ist das angesichts der hohen Betriebstreue, die in der ehemaligen DDR gegeben war, nicht.

wurde festgestellt, daß „zwischen 40% und 45% aller Neueinstellungen in der Gesamtwirtschaft mit (zunächst) befristeten Arbeitsverträgen erfolgen“ (Büchtemann, Höland 1989 S. 60). D. h., auch wenn man alle Arbeitsverhältnisse, die nicht explizit als unbefristet bezeichnet wurden, als befristet einstuft, war die Befristungsquote dieser ersten, im Befragungszeitraum nicht mehr bestehenden Arbeitsverhältnisse der Übersiedler nicht höher, als sie üblicherweise bei neubegonnenen Arbeitsverhältnissen ist.

Die Befristung spielte auch als Grund für die Beendigung des Arbeitsverhältnisses eine relativ geringe Rolle. Nur 10% der Arbeitsverhältnisse wurden wegen des Ablaufs der vereinbarten Frist beendet, 60% der Übersiedler hatten von sich aus gekündigt¹⁹, bei 16% der Fälle wurde die Kündigung durch den Arbeitgeber ausgesprochen. Weitere 11% der Befragten, deren erstes Arbeitsverhältnis nicht mehr bestand, wollten die Kündigung nicht einer Vertragspartei zuordnen, sei es, weil das Arbeitsverhältnis im gegenseitigen Einverständnis gelöst wurde, oder weil sie z. B. wegen Krankheit, Umzug oder Aufnahme einer Ausbildung ausschieden.

Angesichts der Tatsache, daß die Kündigungen der ersten Stelle meist von den Übersiedlern ausgingen, erstaunt es nicht, daß als häufigster Grund für die Aufgabe des Arbeitsplatzes angegeben wurde, man habe eine bessere Stelle gefunden. 40% der Nennungen entfielen auf diese Vorgabe. In weiteren 49% der Nennungen (es waren Mehrfachnennungen möglich), drückt sich aus, daß man zumindest nicht am alten Arbeitsplatz bleiben wollte („Arbeit entsprach nicht meinen Vorstellungen“: 30%, „wollte mich beruflich verändern“: 19%). Gründe, die nur indirekt mit dem Arbeitsplatz zu tun hatten, wie „gesundheitliche Gründe“, „Kinderbetreuung“ und andere familiäre Gründe spielten bei 26% der Nennungen eine Rolle. Daß es in manchen Fällen wohl insofern Probleme am Arbeitsplatz gab, als Übersiedler sich von ihrem Arbeitgeber ausgenutzt fühlten oder Arbeitsnormen nicht erfüllten, ist daraus ersichtlich, daß 10% der Befragten angaben, sie seien aus der ersten Stelle ausgeschieden, weil sie Ärger mit dem Vorgesetzten hatten, weitere 20% nannten konkrete nicht in den Vorgaben enthaltene Gründe. Mehr als die Hälfte davon bezogen sich darauf, daß man sich ausgebeutet fühlte („habe im Monat nur 827,- DM verdient“), schlechte Arbeitsbedingungen hatte („nervliche Überlastung“, „Akkordarbeit war zu schwer“) oder zugab, Arbeitsnormen nicht erfüllt zu haben („wegen Alkohol am Steuer“, „habe mich nicht krank gemeldet“).

Die meisten der zum Befragungszeitpunkt nicht mehr bestehenden Arbeitsverhältnisse waren von sehr kurzer Dauer gewesen. 75% der betroffenen Übersiedler hatten an ihrer ersten Stelle höchstens bis zu 6 Monaten gearbeitet, 50% lediglich 3 Monate oder weniger.

Berücksichtigt man, daß die meisten Übersiedler ihre erste Stelle ohne lange Suchzeit angetreten hatten (immerhin hatten 72% aller Übersiedler-Erwerbspersonen, innerhalb von 3 Monaten ab der Übersiedlung eine Arbeit aufgenommen), ist die Tatsache, daß bei einem Teil der Übersiedler das erste Arbeitsverhältnis nicht lange dauerte, nicht erstaunlich. Auf keinen Fall kann es als Indiz für geringes Interesse an einer Erwerbstätigkeit gesehen werden: Von

ben hatten, waren 76% zum Befragungszeitpunkt wieder beschäftigt, 5% machten eine Fortbildung oder Umschulung, 13% waren arbeitslos gemeldet, und 6% waren nicht mehr erwerbstätig. Von der letzten Gruppe waren über die Hälfte aus gesundheitlichen oder familiären Gründen aus der ersten Stelle ausgeschieden und auch von den zum Befragungszeitpunkt arbeitslos Gemeldeten gab ein gutes Drittel an, daß sie den Arbeitsplatz aus diesen Gründen aufgegeben hatten.

Betrachtet man unterschiedliche Teilgruppen von Übersiedlern im Hinblick auf die Umstände, unter denen das erste Arbeitsverhältnis endete (nicht tabellarisch ausgewiesen), fällt auf, daß eine Kündigung durch den Arbeitgeber überproportional häufig erfolgte bei Frauen (25% gegenüber einem Anteil von 12% bei Männern; der Durchschnitt aller Personen, die ihre erste Erwerbstätigkeit aufgegeben hatten, liegt bei 16%), bei Personen, die im Befragungszeitraum noch in einem Übergangswohnheim lebten (ein Drittel dieser 33 Personen), bei Übersiedlern, die in der ehemaligen DDR als einfache bis mittlere Angestellte beschäftigt waren (ein Viertel von 24 Personen), was wiederum zum größten Teil Frauen waren und schließlich bei Personen, die im Befragungszeitraum noch oder wieder arbeitslos waren (knapp die Hälfte dieser 24 Personen).

Von sich aus gekündigt haben überdurchschnittlich häufig Männer (68% gegenüber 60% im Durchschnitt aller Personen), Personen, die im Unterschied zu Flüchtlingen offiziell aus der ehemaligen DDR übergesiedelt waren (65%), Befragte, die in der ehemaligen DDR eine gehobene bzw. leitende Stellung hatten und schließlich Übersiedler, die im Befragungszeitraum berufstätig waren. Für diese Personen gilt gleichzeitig, daß sie überdurchschnittlich häufig als Kündigungsgrund angaben, sie hätten eine bessere Stelle gefunden.

Zusammenfassend kann man sagen, daß der Anteil von Übersiedlern, der im ersten Jahr nach der Übersiedlung aus einem Beschäftigungsverhältnis ausschied, nicht überproportional hoch ist, wenn man als Vergleichsgruppe die einheimischen Arbeitnehmer heranzieht, die binnen Jahresfrist ein neues Beschäftigungsverhältnis begonnen haben. Stellt man der Fluktuationsrate der Übersiedler diejenige der Gesamtheit der Erwerbspersonen gegenüber, bei der in den Nenner auch alle seit Jahren bestehenden Beschäftigungsverhältnisse eingehen, kommen die Übersiedler zwangsläufig zu einer höheren Abbrecherquote, da sich zum Untersuchungszeitpunkt noch keine langfristig stabilen Beschäftigungsverhältnisse herausbilden konnten. Was den Beendigungsgrund „befristeter Arbeitsvertrag“ anlangt, so stellte sich heraus, daß Übersiedlern nicht häufiger ein befristeter Arbeitsvertrag zugemutet wurde als einheimischen Arbeitskräften.

Betrachtet man den Personenkreis von Übersiedlern, die aus ihrem ersten Arbeitsverhältnis wieder ausgeschieden sind, so zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen jenen Beschäftigten, denen durch den Arbeitgeber gekündigt wurde (30 Personen), und der weitaus größeren Gruppe (112 Personen), die von sich aus gekündigt hatte. Die erste Gruppe scheint zumindest teilweise aus Personen zu bestehen, die Probleme in ihrer wirtschaftlichen Eingliederung (wohnen, arbeiten) hatten, während in der zweiten Gruppe jene Personen überwiegen dürften, die möglicherweise unterhalb ihres Qualifikationsniveaus eingestiegen waren, für die die Aufgabe dieser ersten Stelle jedoch nicht einen Schritt ins Ungewisse, sondern im Gegenteil einen Schritt nach oben bedeutete.

¹⁹ Allerdings ist anzunehmen, daß für viele Übersiedler mit befristetem Vertrag die eigene Kündigung eine Vorwegnahme der ohnehin zu erwartenden Beendigung des Arbeitsverhältnisses war.

5.2.4 Die berufliche Situation etwa ein Jahr nach der Übersiedlung

Die Übersiedler unserer Untersuchung hatten zum Zeitpunkt der Befragung eine Aufenthaltsdauer im Westen von einem knappen Jahr bis zu 1½ Jahren. 76% von ihnen hatten eine Arbeitsstelle, 10% waren arbeitslos gemeldet; 5% nahmen an einer Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahme teil und 9% waren nicht berufstätig (vgl. Tabelle 6). Die Arbeitslosigkeit dieser Übersiedler war damit zwar beträchtlich höher als die der einheimischen Bevölkerung, die Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik (ohne neue Bundesländer) lag – bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen – im Oktober 1990 bei 5,8%²⁰. Trotzdem ist sie erstaunlich niedrig in Anbetracht der Tatsache, daß die meisten Übersiedler ein Jahr vorher als Arbeitslose in den Westen gekommen waren, und daß vor allem Frauen unter den Befragten als Erwerbspersonen auf dem Arbeitsmarkt auftraten, die sich bei der Bevölkerung der alten Bundesländer unter ähnlichen Verhältnissen (z. B. weil sie Kinder haben) meist von vornherein (freiwillig oder unfreiwillig) vom Arbeitsmarkt zurückziehen²¹. Weiterhin ist bei der Bewertung der Eingliederungsquote zu berücksichtigen, daß ein Teil der Übersiedler Berufsqualifikationen mitbrachte, die im Westen nicht ohne weiteres auf dem Arbeitsmarkt verwertbar sind (vgl. hierzu Bundesanstalt für Arbeit 1991, S. 709 ff.) und daß trotzdem im Befra-

gungszeitraum nur relativ wenige Übersiedler, nämlich ca. 5%, in einer beruflichen Qualifizierungsmaßnahme waren.

Allerdings darf man, wie bereits eingangs dargestellt, gerade bei der Frage nach der Eingliederungssituation der Übersiedler nicht aus dem Auge verlieren, daß der Panel-schwund Personen, die zum Zeitpunkt der Erstbefragung noch keinen Arbeitsplatz hatten, stärker betraf als solche, die bereits damals beruflich gut integriert waren. Signifikant schlechter eingegliedert waren jedenfalls jene 18% der Ausgangsstichprobe, für die die Adresse nicht aktualisierbar war. Aber sogar wenn man für alle diese Personen unterstellt, daß sie keinen Arbeitsplatz hatten, und sie der Befragtenstichprobe zurechnen würde, ergäbe sich eine Eingliederungsquote von 60%. Sie wäre damit immer noch wesentlich höher als die Eingliederungsquote der Übersiedler von 1984 (vgl. Hofbauer 1985).

Von einer erfolgreichen beruflichen Eingliederung kann allerdings nur dann gesprochen werden, wenn die bestehenden Arbeitsverhältnisse Aussicht auf längere Dauer haben. Das dürfte am ehesten der Fall sein, wenn der Arbeitsplatz den Wünschen und Vorstellungen des Arbeitsplatzinhabers entspricht, dieser wiederum den Anforderungen gerecht wird und das Arbeitsverhältnis nicht befristet ist. Im folgenden sei deshalb darauf eingegangen, welche Art von Arbeitsplatz die Übersiedler unserer Stichprobe hatten, um anschließend auf jenen Teil der Befragten einzugehen, der erwerbstätig sein wollte, aber zum Befragungszeitpunkt noch keinen Arbeitsplatz hatte.

²⁰ Für die Übersiedler ergäbe sich bei analoger Berechnung (Arbeitslosenzahlen bezogen auf Übersiedler-Erwerbspersonen) eine Arbeitslosenquote von 11,7%.

²¹ Aus Tabelle 6 ist ersichtlich, daß auch ein kleiner Teil der Übersiedler mit dem Wunsch zu arbeiten in den Westen kam, und in der Zwischenzeit aus dem Erwerbsleben ausgeschieden war, andererseits gab es jedoch auch Befragte (7 Personen), die sich als bei der Ankunft nicht arbeitsuchend einstufen, und im Befragungszeitpunkt arbeitslos gemeldet waren. Bei beiden Gruppen handelt es sich fast ausschließlich um Frauen. Die Veränderung der Erwerbsbeteiligung von Übersiedlerinnen nach der Ankunft im Westen und ihrer subjektiven Bewertung der Erwerbsarbeit ist eines der zentralen Themen der bereits erwähnten Panelstudie über „Integrationsprobleme von DDR-Übersiedlerinnen – Perspektiven, Erfahrungen, Strategien“, die von infas im Auftrag des Bundesministeriums für Frauen und Jugend durchgeführt wurde (vgl. BMFJ, 1991). Im Rahmen unserer Erhebung konnte diesen Fragen angesichts der geringen Zahl von Betroffenen und der kurzen Beobachtungsspanne nicht weiter nachgegangen werden.

²² Bei den im Befragungszeitpunkt bestehenden Arbeitsverhältnissen handelt es sich, wie aus Abschnitt 5.2.3 ersichtlich, auch zum größten Teil um Einstiegsarbeitsverhältnisse. Von allen Übersiedlern, die im Befragungszeitpunkt einen Arbeitsplatz hatten, waren 69% am ersten, 30% am zweiten und einige wenige an ihrem dritten oder vierten Arbeitsplatz.

5.2.4.1 Art der Beschäftigungsverhältnisse und Beurteilung der beruflichen Situation seit der Arbeitsaufnahme im Westen

Die berufliche Situation jener 460 Übersiedler, die zum Zeitpunkt der Befragung in Arbeit waren, hatte sich schon relativ gut konsolidiert: 26% waren erst seit einem halben Jahr oder kürzer an ihrem Arbeitsplatz, 17% hatten ihre Stelle seit 7 bis 9 Monaten inne, und immerhin 55% waren schon 10 Monate oder länger beim gleichen Arbeitgeber beschäftigt. Hinsichtlich der rechtlichen Absicherung der Arbeitsverhältnisse konnte im Vergleich zu den Einstiegsbeschäftigungen, die im Befragungszeitpunkt bereits wieder gelöst waren, eine deutliche Verbesserung registriert werden²²: Es gab weitaus weniger relativ ungeschützte

Tabelle 6: Erwerbswunsch bzw. -situation bei Ankunft im Westen und im Befragungszeitpunkt, ein Jahr später; Vergleich mit den Ergebnissen der IAB-Erhebung von 1984/85

Erwerbssituation im Befragungszeitraum	Erwerbswunsch bzw. -situation bei Ankunft im Westen							insgesamt		IAB-Erhebung 1984/85 in %
	war nicht auf Arbeitssuche, bin Rentner	Schüler, Student	nicht berufstätig (Hausfrau, -mann)	hatte bei Ankunft eine Arbeitsstätte	wollte im Westen arbeiten	wollte eine Ausbildung machen oder arbeiten	sonstiges bzw. keine Angaben	abs.	in %	
erwerbstätig	–	–	–	42	372	35	11	460	75,9	44
arbeitslos gemeldet	–	–	7	1	43	8	2	61	10,1	42
in Fortbildung Umschulung	–	–	4	–	15	9	3	31	5,1	12
nicht erwerbstätig (z. B. Hausfrau, Hausmann, Rentner)	8	2	24	1	14	2	3	54	8,9	2
Zahl der Fälle abs.	8	2	35	44	444	54	19	606		4106
in %	1,3	0,3	5,8	7,3	73,3	8,9	3,1		100	100

Beschäftigungsverhältnisse als bei jenen Einstiegsbeschäftigungen, die bereits wieder gelöst waren (vgl. Tabelle 7). Nur noch 5% der berufstätigen Übersiedler hatten keinen schriftlichen Arbeitsvertrag (gegenüber 18% bei den nicht mehr bestehenden Einstiegsbeschäftigungen), in einem befristeten Arbeitsverhältnis waren 11% (Einstiegsbeschäftigten 18%), und bei einer Zeitarbeitsfirma war 1% beschäftigt (vorher 3%).

Tabelle 7: Art der Arbeitsverhältnisse von Übersiedlern bei später wieder gelösten Einstiegsbeschäftigungen und bei im Befragungszeitpunkt bestehenden Arbeitsverhältnissen; Vergleich mit der IAB-Erhebung von 1984/85 (Angaben in %)

Art des Arbeitsverhältnisses	Erstes, im Befragungszeitpunkt nicht mehr bestehendes Arbeitsverhältnis	Im Befragungszeitpunkt bestehendes Arbeitsverhältnis	IAB-Erhebung 1984/85
Unbefristetes Arbeitsverhältnis	58	80	81
Zeitlich befristetes Arbeitsverhältnis	18	11	18
Arbeitsverhältnis mit einer Zeitarbeitsfirma	3	1	–
Arbeitsverhältnis ohne einen schriftlichen Arbeitsvertrag	18	5	–
Kein Arbeitsverhältnis, bin Selbständiger	–	2	–
Keine Angabe	3	0	1
Summe	100	99	100
Anzahl von Arbeitsverhältnissen	186	460	1809

In der IAB-Erhebung von 1984/85 waren nur die Alternativen „befristet“ bzw. „unbefristet“ vorgegeben. Die relativ hohe Befristungsquote könnte auf die kürzere Verweildauer im Westen zurückzuführen sein.

Daraufhin angesprochen, ob sich die berufliche Situation insgesamt gesehen seit der Arbeitsaufnahme im Westen verändert habe, meinten 36%, daß sie sich verbessert habe. Für 9% war das Gegenteil der Fall, sie sahen sich im Befragungszeitpunkt beruflich schlechter gestellt, als das in der Anfangszeit im Westen der Fall war, 33% stellten höchstens in Einzelheiten Veränderungen fest und 23% gaben an, ihre berufliche Situation habe sich seit ihrem Aufenthalt im Westen in keiner Weise verändert.

Veränderungen der beruflichen Situation waren nicht allein auf vollzogene Stellenwechsel zurückzuführen, wie aus der Tatsache ersichtlich ist, daß nur 31% der berufstätigen Übersiedler nicht mehr an ihrem ersten Arbeitsplatz waren, während 45% angaben, daß sich ihre berufliche Situation seit dem Aufenthalt im Westen deutlich (zum besseren oder schlechteren) geändert habe.

Wo sich Veränderungen ergaben, steht das Einkommen mit großem Abstand an der Spitze. Für 88% aller Über-

siedler mit Veränderungen in der beruflichen Situation (oder 68% aller berufstätigen Übersiedler) hat sich der Verdienst verbessert, für 3% hat er sich verschlechtert, bei 8% war er gleich geblieben. An zweiter Stelle folgt, was die Verbesserungen anlangt, der Aufgabenbereich. Für 40% (Basis jeweils Übersiedler mit Veränderungen) ergaben sich Verbesserungen in der Art der Tätigkeit, allerdings mußten auch 17% eine Verschlechterung in ihren Arbeitsinhalten hinnehmen.

Die Verbesserungen im Einkommen und im Aufgabenbereich erforderten von einem Teil der Übersiedler Zugeständnisse, was die Länge des Arbeitsweges anlangt, und sie brachten eine stärkere nervliche Belastung mit sich: Zu diesen beiden Aspekten ergaben sich für jeweils mehr Übersiedler Verschlechterungen als Verbesserungen (Länge des Arbeitsweges: verschlechtert 34%, verbessert 26%; nervliche Belastung: verschlechtert 23%, verbessert 21%).

In anderen Aspekten der Tätigkeit, wie Verhältnis zu Kollegen und Vorgesetzten, körperliche Belastung, Einarbeitungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten überwiegt jeweils der Anteil von Übersiedlern, für den sich die Situation seit Beginn der Berufstätigkeit verbessert hat (die Anteile liegen zwischen 22 und 32%), gegenüber jenen, die eine Verschlechterung feststellten (Anteile je nach Bereich 7 bis 20%). Für mehr als die Hälfte der Übersiedler haben sich in diesen Punkten gar keine Veränderungen ergeben.

Zusammenfassend kann man also sagen, daß sich für die meisten Übersiedler die Situation seit dem beruflichen Start im Westen verbessert hat. Was sie sich jedoch in erster Linie erhofften, war, wie aus der Ersterhebung deutlich wurde, eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage gegenüber der Situation in der ehemaligen DDR. Mehr als 50% gaben damals wirtschaftliche Motive als wesentlichen Grund für die Übersiedlung an. Die wirtschaftliche Lage wird in unserem Gesellschaftssystem in erster Linie durch den Beruf bestimmt. Darüber hinaus wird der soziale Status und bei den meisten Menschen auch das eigene Identitätsgefühl sehr wesentlich von der beruflichen Tätigkeit und Position beeinflußt. Im folgenden sei deshalb dargestellt, welche beruflichen Veränderungen sich für die Befragten durch die Übersiedlung in den Westen ergeben haben.

5.2.4.2 Veränderungen in beruflicher Hinsicht gegenüber der Situation vor der Übersiedlung

Für fast die Hälfte der berufstätigen Übersiedler war die Arbeitsaufnahme im Westen mit einem Berufswechsel verbunden, denn 44% von ihnen gaben an, daß sich ihre Tätigkeit gegenüber der vor ihrer Ausreise so verändert habe, daß man von einem Berufswechsel sprechen könne. Bei Frauen war der Anteil von Berufswechslerinnen etwas höher als bei Männern (47% zu 42%).

Damit haben 1989 deutlich mehr Übersiedler nach der Zuwanderung in den Westen einen Berufswechsel vollzogen als 1984/85. Nach der damaligen Erhebung war das für 39% der zum Befragungszeitpunkt berufstätigen Übersiedler (Frauen 40%, Männer 38%) der Fall. Hier macht sich wahrscheinlich die bessere Arbeitsmarktsituation von 1989/90, die andererseits nicht alle Berufsgruppen gleichmäßig erfaßte, bemerkbar. Es war für Übersiedler einfacher, eine Arbeit zu finden als fünf Jahre vorher, häufig allerdings nur, wenn sie bereit waren, eine Tätigkeit zu übernehmen, die nicht ihrer Ausbildung entsprach.

Man könnte geneigt sein, diese Aussagen zum Berufswechsel nur unter der Perspektive zu sehen, daß die Übersiedlung für viele Befragte zu einem Bruch in ihrer Berufsbiographie führte und sie aus Existenzgründen in berufs-fremde und damit eigentlich nicht gewünschte und wenig zumutbare Tätigkeiten gedrängt wurden. Eine solche grundsätzlich negative Interpretation würde außer acht lassen, daß sich in jeder Wirtschaft, die nicht stagniert, Aufgabenfelder verändern müssen, was von den Betroffenen nicht notwendigerweise negativ erlebt wird. Zum anderen ist zu bedenken, daß ein Wechsel der beruflichen Tätigkeiten in der ehemaligen DDR ein relativ alltägliches Ereignis war. Zu den durch Strukturänderungen der Wirtschaft bedingten Ursachen kam als weitere Ursache die starke Ausbildungsplatzlenkung, was dazu führte, daß viele Berufstätige Zuweisungen, die nicht dem Wunschberuf entsprachen, durch eine spätere Zweitausbildung korrigierten (vgl. Blaschke 1990, S. 261). Auch von den Befragten unserer Stichprobe waren bereits in der ehemaligen DDR 35% zuletzt nicht mehr in dem Beruf tätig, für den sie ursprünglich ausgebildet wurden.

Als „Knick“ in der Berufsbiographie wird im Allgemeinverständnis auch weniger ein Berufswechsel an und für sich betrachtet, als jene Berufswechsel, die mit beruflichem Abstieg verbunden sind. Als Kriterium hierfür könnte man die Stellung im Beruf heranziehen. In Tabelle 8 wurden für die berufstätigen Übersiedler unserer Erhebung die berufliche Stellung im Westen, die zuletzt eingenommene beruf-

liche Stellung in der ehemaligen DDR und die Art der Berufsausbildung gegenübergestellt. Wie daraus ersichtlich ist, war für viele Übersiedler der Wechsel in den Westen auch mit einer Veränderung der beruflichen Stellung verbunden. In manchen Fällen, wie bei Mitgliedern von Produktionsgemeinschaften, war das allein deshalb schon der Fall, weil es in der Bundesrepublik keine vergleichbaren Positionen gibt. Andere Statusveränderungen, wie der vom (Fach-)Arbeiter zum Angestellten, können auch auf unterschiedliche Zuordnungen in der ehemaligen DDR und im Westen (die von den Befragten übernommen wurden) zurückzuführen sein. Insgesamt gesehen zeigen sich deutliche Veränderungen, die häufig, jedoch nicht in allen Fällen, als beruflicher Abstieg betrachtet werden können. Das Ausmaß der Statusveränderungen verdeutlicht z. B. die Tatsache, daß 7% der Befragten in der ehemaligen DDR als un- oder angelernte Arbeiter tätig waren, während nach der Übersiedlung 22% von ihnen solche Arbeitsplätze hatten. In gehobenen bzw. leitenden Angestelltenpositionen waren in der ehemaligen DDR 10% der Übersiedler, im Westen hatten solche Positionen nur 4% der berufstätigen Befragten.

Betrachtet man die jeweiligen Statusgruppen für sich, so gibt es auch Fälle von Personen, die in der ehemaligen DDR eine einfache Stellung hatten, im Westen dagegen als Meister oder in einer anderen gehobeneren Position eingesetzt waren. Diese Personen hatten jedoch jeweils eine Berufsausbildung, die ihrem Einsatz im Westen entsprach²³. Häufiger allerdings war der Fall eines beruflichen Abstiegs. So hatten z. B. von den 45 Befragten, die in der ehemaligen DDR zuletzt als gehobene bzw. leitende Angestellte eingesetzt waren, nur ein Viertel im Westen eine vergleichbare Position. Die übrigen verteilten sich auf das

²³ Wobei in diesem Zusammenhang nicht aus den Augen verloren werden soll, daß die Ursache für einen deutlich unterqualifizierten Berufsansatz in der ehemaligen DDR auch in politischer Mißliebigkeit der betreffenden Person liegen konnte, worauf einige Befragte mit entsprechender Berufsbiographie hinwiesen.

Tabelle 8: Im Westen berufstätige Übersiedler nach ihrer beruflichen Stellung in der ehemaligen DDR und nach ihrer Berufsausbildung

Berufliche Stellung im Westen	Berufliche Stellung in der ehem. DDR*							insgesamt abs. %		Berufsausbildung in der ehem. DDR					insgesamt
	ungel./ angel. Arbeiter	Fach- arbei- ter(in)	Meister	Angestellte(r) einfache/ mittl. Stell.	Mitgl. e. gehob./ leitend. Stell.	Prod.- gemein- schaft	Selb- ständige			Fach- arbei- ter	Meister	Ingenieur/ Fachschul- abschluß	Hoch- schul- ab- schluß	kein Ab- schluß	
Hilfsarb./an- gelernt. Arb.	16	59	1	17	1	2	3	99	22	87	3	1	2	7	100
Facharbeiter(in)	8	161	3	6	4	3	3	188	41	177	10	2	1	4	194
Meister/Polier/ Werkmeister	1	3	-	1	3	-	1	9	2	2	4	2	1	-	9
Angest., ein- fache Tätigkeit	6	21	1	22	8	1	-	59	13	45	3	8	-	5	61
Angest., mittl. Position	1	4	3	37	15	-	1	61	13	22	-	20	20	1	63
Angest., geh./ ltd. Stellung	-	1	-	4	11	-	-	16	4	3	2	3	11	-	19
Beamte(r) einf./mittl. Dienst	-	-	-	1	1	-	-	2	0	2	-	1	-	-	3
Selbständige(r)	-	7	1	-	1	-	2	11	2	9	1	-	-	-	10
Freier Beruf	-	-	-	-	-	-	1	1	0	-	-	-	1	-	1
Lehrling/Volontär	2	4	-	1	1	-	-	8	2	4	-	-	2	3	9
Zahl der Fälle absolut	34	260	9	89	45	6	11	454		351	23	37	38	20	469
in %	7	57	2	20	10	1	2	99		75	5	8	8	4	100

* Nicht in die Analyse einbezogen wurden Übersiedler, die in der ehem. DDR Schüler, Lehrlinge oder Hausfrauen waren, außerdem Keine-Antwort-Fälle bei einem der Merkmale

gesamte Spektrum von Berufspositionen. Von einem deutlichen beruflichen Abstieg kann man auf jeden Fall bei einem Fünftel der Befragten sprechen, die im Westen entweder als Hilfsarbeiter oder als Angestellte mit einfachen Tätigkeiten eingesetzt waren. Allein aus diesen Ergebnissen die Vermutung abzuleiten, daß gehobene und leitende Angestellte aus der ehemaligen DDR nach der Übersiedlung Schwierigkeiten hatten, im Westen eine adäquate Stelle zu finden, wäre angesichts des kleinen Stichprobenumfangs gewagt. Tatsächlich gehen jedoch auch die Erfahrungen in den Arbeitsämtern in diese Richtung.

Durch eine etwas größere Befragtenzahl abgesichert sind die Ergebnisse für die Statusgruppe der einfachen bis mittleren Angestellten (89 Personen) und vor allem der Facharbeiter (260 Befragte). Für beide Gruppen gilt, daß der weitaus größte Teil, nämlich 66% der Angestellten und 62% der Facharbeiter, im Westen die gleiche berufliche Position hatte, wie vor der Übersiedlung. Einen Hilfsarbeiterstatus hatten im Befragungszeitpunkt 19% der Angestellten und 23% der Facharbeiter.

Abwärtsmobilität gibt es auch innerhalb der alten Bundesländer, also ohne das einschneidende Ereignis eines Wechsels von einem Wirtschafts- und Ausbildungssystem in ein anderes. So waren von einer repräsentativen Stichprobe von Erwerbstätigen, die in der Zeit von 1980 bis 1985 eine Facharbeiterausbildung abgeschlossen hatten, im Jahr 1985, also maximal 5 Jahre nach Ausbildungsabschluß 16% als Hilfs- bzw. angelernte Arbeiter tätig (vgl. von Hennings 1991, S. 80). Das sind deutlich weniger, als bei Übersiedler-Facharbeitern registriert wurden. Zieht man jedoch in Betracht, daß die Befragung etwa 1 Jahr nach der Übersiedlung stattfand und viele Betroffene noch auf der Suche nach einem besseren Arbeitsplatz waren (vgl. Abschnitt 5.2.5), kann man zumindest für Facharbeiter, über die unser Datenmaterial am besten abgesicherte Aussagen zuläßt, sagen, daß die Übersiedlung keinen Einschnitt bedeutete, der notwendigerweise mit beruflichem Abstieg verbunden gewesen wäre. Für Personen in höheren Angestelltenpositionen dagegen könnte sich stärker

Wirtschafts- und Gesellschaftssystem bezogen war und im westlichen System weniger gut verwertbar ist²⁴.

Tatsächlich waren es jedoch, wie Tabelle 9 zeigt, gerade gehobene oder leitende Angestellte aus der ehemaligen DDR, die zu einem besonders hohen Anteil aussagten, sie könnten ihre mitgebrachten beruflichen Kenntnisse auf dem neuen Arbeitsplatz „voll“ bzw. „weitgehend“ verwerten (fast zwei Drittel aus dieser Statusgruppe, von den übersiedelten Facharbeitern hatten nur 54% diese Einschätzung). Für dieses Ergebnis, daß gerade jene Beschäftigtengruppe, von der nur ein sehr geringer Anteil im Westen eine ähnliche Position wie in der ehemaligen DDR einnahm, zum überwiegenden Teil angab, mitgebrachte Kenntnisse verwerten zu können, sind vielerlei Erklärungen denkbar²⁵. Auf jeden Fall verweist es darauf, daß Rückschlüsse auf eine berufliche Kontinuität oder Diskontinuität anhand von Angaben zum beruflichen Status nicht mit der Sicht der Betroffenen übereinstimmen müssen. In gleicher Weise kann in Frage gestellt werden, ob es gerechtfertigt ist, Statusangaben als „objektive“ Kriterien für beruflichen Auf- oder Abstieg zu betrachten. Insofern ist die subjektive Einschätzung der eigenen Lage immer noch das Kriterium, dem in diesem Zusammenhang am meisten Gewicht zukommt.

Nach ihrer subjektiven Einschätzung hat sich für die meisten Übersiedler, die im Befragungszeitpunkt einen Arbeitsplatz hatten, in beruflicher Hinsicht die Übersiedlung gelohnt. Wie aus Tabelle 10 ersichtlich ist, sagte fast die Hälfte (45%) aus, daß sich ihre berufliche Situation durch die Übersiedlung deutlich verbessert habe, weitere 21% sahen eine leichte Besserstellung. Diesen 66%, die sich durch die Übersiedlung in beruflicher Hinsicht verbessern konnten, stehen auf der anderen Seite 14% gegenüber, für die die Übersiedlung mit einer deutlichen (3%) bzw. leichten Verschlechterung (11%) ihrer beruflichen Situation verbunden war (Rest 20%: „Ist gleichgeblieben“).

Aus Tabelle 10 läßt sich auch ablesen, daß Berufswechsel nicht notwendigerweise Veränderung zum Schlechteren bedeuten muß, denn immerhin waren es auch von den Berufswechslerern noch 60%, die ihre neue berufliche Situation als leichte (20%) bzw. deutliche (40%) Verbesserung gegenüber der Berufssituation in der ehemaligen DDR einstufen. Weiterhin wird deutlich, daß die Unterschiede in der Einschätzung der beruflichen Situation zwischen Berufswechslerern und jenen, die in ihrem Beruf verblieben sind, kaum größer sind als diejenigen zwischen verschiedenen soziodemographischen Teilssegmenten der Übersied-

²⁴ Dieses Problem müssen inzwischen auch die Bürger der ehemaligen DDR bewältigen, wobei Übersiedler in dieser Hinsicht wahrscheinlich eher günstigere Bedingungen haben, da sie sich als Einzelpersonen an ein vorhandenes System anpassen müssen, während in der ehemaligen DDR die Gesamtheit der Bevölkerung Anpassungsleistungen erbringen muß, ohne daß es hierfür klare Orientierungen gebe.

²⁵ Z. B. könnte es sein, daß diese Frage gerade von höher Qualifizierten als Frage danach, ob man den Anforderungen gewachsen sei, interpretiert wurde.

Tabelle 9: Einschätzung der Verwertbarkeit von beruflichen Kenntnissen durch im Westen berufstätige Übersiedler*

Verwertbarkeit von in der ehem. DDR erworbenen beruflichen Kenntnissen	Berufliche Stellung in der ehem. DDR							Berufsausbildung in der ehem. DDR						
	ungel./ angel. Arbeiter	Fach- arbei- ter(in)	Meister	Angestellte/ einfache/ mittl. Stell.	gehob./ leitend. Stell.	Mitgl. e. Prod.- gemein- schaft	Selb- ständige	insgesamt abs. %	Fach- arbei- ter	Meister	Ingenieur/ Fachschul- abschluß	Hoch- schul- ab- schluß	kein Ab- schluß	insgesamt abs. %
voll	9	77	2	24	19	3	5	139 31	102	9	12	14	5	142 31
weitgehend	5	62	2	22	9	-	-	100 22	77	4	11	11	2	105 23
nur zum Teil	5	56	4	27	9	-	3	104 23	80	9	8	7	1	105 23
überhaupt nicht	13	61	1	15	7	3	3	103 23	88	1	6	4	9	108 23
Zahl der Fälle	32	256	9	88	44	6	11	446 99	347	23	37	36	17	460 100

* Nicht einbezogen: Lehrlinge, Hausfrauen, andere Nichtberufstätige, außerdem Keine-Antwort-Fälle bei einem der Merkmale

Tabelle 10: Einschätzung der beruflichen Situation im Vergleich zur Situation vor der Übersiedlung durch verschiedene Teilgruppen berufstätiger Übersiedler (Angaben in %)

Einschätzung der berufl. Situation	Berufstätige Übersiedler nach Geschlecht		Berufstätige Übersiedler nach Altersgruppen			Berufstätige Übersiedler nach Schulabschluß			Berufstätige Übersiedler nach beruflicher Stellung in der ehem. DDR*				Berufstätige Übersiedler nach vollzogenem Berufswechsel		insgesamt
	männl.	weibl.	unter 25	25–39	40 u. älter	8 Klassen bzw. keinen	10 Klassen	Höherer Abschluß	Arbeiter		Angestellte		ja, Berufswechsel	kein Berufswechsel	
									Un-/an-gelernt	Fach-arbeiter	einfach/mittel	gehob., leitend			
Deutlich verbessert	49	37	50	45	(37)	49	44	(43)	(47)	47	(44)	(31)	40	49	45
Nur wenig verbessert	21	21	19	19	(28)	18	21	(22)	(29)	22	(20)	(15)	20	22	21
Ist gleichgeblieben	21	18	19	19	(24)	22	20	(17)	(15)	20	(20)	(29)	18	22	20
Eher verschlechtert	8	17	9	12	(11)	5	11	(17)	(6)	9	(10)	(22)	17	6	11
Deutlich verschlechtert	2	6	3	4	(1)	5	3	(1)	(3)	2	(4)	(4)	6	1	3
Keine Angabe	0	1	–	1	–	1	0	–	–	0	(1)	–	–	–	0
Summe	101	100	100	100	101	100	99	100	100	100	99	101	101	100	100
Zahl der Fälle	312	157	116	277	76	104	287	77	34	256	89	55	200	255	469

* nicht einbezogen wurden sehr kleine Teilgruppen, wie z. B. Selbständige

ler. Was Bildungs- und Berufsvoraussetzungen anlangt, so kann man ganz allgemein sagen, je „höher“ das Ausgangsniveau war, desto eher erlebten Übersiedler eine Verschlechterung ihrer beruflichen Situation. So sahen 18% der Übersiedler mit Abitur bzw. Universitätsabschluß eine Verschlechterung ihrer beruflichen Situation (allerdings nur 1% eine deutliche Verschlechterung), während es von jenen mit dem Abschluß der 8. Klasse nur 10% waren (jedoch meinten 5%, sie hätten sich deutlich verschlechtert). Am augenfälligsten wird die je nach Ausgangssituation gegenläufige Tendenz, wenn man die jeweils kleinen Gruppen von Befragten, die vor der Übersiedlung als un- bzw. angelernte Arbeiter eingesetzt waren (34 Personen) und jene in gehobener bzw. leitender Stellung (55 Befragte) vergleicht: Während von ersteren mehr als drei Viertel eine Verbesserung ihrer beruflichen Situation feststellen können, sind es bei letzteren nur knapp die Hälfte.

Bei der Auswertung nach Altersgruppen fällt auf, daß die über 40jährigen in jeder Richtung extreme Ausschläge weniger verzeichnen als jüngere. Nur 37% sehen eine deutliche Verbesserung ihrer beruflichen Situation (alle Befragten: 45%), andererseits spricht auch nur 1% (in diesem Fall eine Person) von einer deutlichen Verschlechterung. Es ist sowohl vorstellbar, daß diese Tendenz zu mittleren Kategorien auf ein „gemäßigteres“ Antwortverhalten der über 40jährigen zurückzuführen ist, als auch, daß die Chancen für eine deutliche Verbesserung der beruflichen Position bei älteren Arbeitnehmern geringer sind und sie andererseits aber auch eine deutliche Verschlechterung z. B. als vorübergehende Einstiegsbeschäftigung weniger akzeptieren, da sie mehr als jüngere Leute

Gefahr laufen, den Absprung in eine bessere Stelle nicht zu schaffen.

Während es allein aus statistischen Überlegungen plausibel ist, daß ein Stellenwechsel, der als Folge des Ereignisses „Übersiedlung“ erforderlich wird, bei Personen in höherer Position eher mit einem beruflichen Abstieg verbunden sein kann als bei Personen, die im Hierarchiegefüge relativ weit unten sind, gibt es für die aus Tabelle 10 ablesbare Tatsache, daß bei den Frauen die Übersiedlung weitaus häufiger zu einer Verschlechterung der beruflichen Situation führte als bei den Männern (bei 23% gegenüber 10%), keine statistisch zwingende Erklärung. Aber es gibt sachliche Gründe, die mit der Rollenteilung und Verteilung von Familienpflichten zwischen Frauen und Männern zusammenhängen: In der ehemaligen DDR war zwar die Erwerbsquote der Frauen kaum niedriger als die der Männer, Frauen hatten jedoch im Durchschnitt schlechter bezahlte Arbeitsplätze als Männer und sie hatten auch weniger Zugangschancen zu gehobenen Positionen (vgl. Engelbrech 1991, S. 651f). Das erleben sie nun auch im Westen wieder. Dazu kommt, daß es weniger Kinderbetreuungseinrichtungen gibt. Da auch im Rollenverständnis der DDR-Bürger die Mütter – zumindest was den zeitlichen Aufwand betrifft – mehr als die Väter für die Kinderbetreuung zuständig waren, war es für Übersiedlerinnen sowohl ein rollenadäquates als auch ein im Hinblick auf das Familieneinkommen rationales Verhalten, eigene Arbeitsplatzwünsche den Familienanforderungen unterzuordnen. Das kann z. B. bedeuten, daß die Familie dorthin zieht, wo der Mann, der ein höheres Einkommen erzielen kann, einen Arbeitsplatz findet, und die Frau anschließend versucht, sich mit den vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten zu arrangieren²⁶, oder daß für die Frau die Hauptanforderung an ihren Arbeitsplatz ist, daß er mit der Kinderbetreuung vereinbar sein soll. Für die meisten Familienväter dagegen spielen solche arbeitsplatzexternen Gesichtspunkte keine Rolle.

²⁶ 9% aller Frauen, die im Westen umgezogen sind (Basis 181 Frauen) gaben an, der Grund sei gewesen, daß der Partner am neuen Wohnort eine Arbeit gefunden habe, bei den Männern (Basis 211) dagegen waren es nur 2%.

Im Endeffekt bedeutet dieses Ergebnis, daß die Kluft hinsichtlich der beruflichen Situation zwischen Männern und Frauen durch die Übersiedlung größer wurde: Frauen waren bereits in der ehemaligen DDR insgesamt gesehen in ihrer beruflichen Situation schlechter gestellt als Männer und die Übersiedlung brachte immerhin 23% der Frauen eine Schlechterstellung gegenüber der Situation in der ehemaligen DDR, während es bei den Männern nur 10% waren.

5.2.4.3 Bewertung des Arbeitsplatzes gemessen am eigenen Anspruchsniveau

Die Frage, ob man sich beruflich verbessert oder verschlechtert habe, zielt auf einen möglichst objektiven Vergleich der Situation vor und nach der Ausreise ab. Für die subjektive Bewertung des eigenen Arbeitsplatzes und die Zufriedenheit mit der Arbeitsstelle spielt es sicher eine Rolle, ob man die neue Stelle als Verbesserung oder Verschlechterung im Vergleich zur vorherigen empfindet, noch mehr Relevanz jedoch hat der Bezug auf das, was man sich erhofft und glaubt, erreichen zu können. Insofern ist es nicht erstaunlich, daß von den Übersiedlern, die sich beruflich deutlich verbessert haben, nur 50% aussagten, sie hätten einen Arbeitsplatz, der ihren Vorstellungen voll entspreche und den sie beibehalten wollen. Dazu kommen allerdings weitere 32%, die ihren Arbeitsplatz mit Einschränkungen („auch wenn nicht alles meinen Vorstellungen entspricht“) als Dauerlösung betrachteten.

Wie aus Tabelle 11 ersichtlich ist, gibt es zwar einen engen Zusammenhang zwischen der Einstufung des Arbeitsplatzes als Verbesserung oder Verschlechterung gegenüber vorher und seiner Bewertung als Dauer- oder Notlösung; diese beiden Beurteilungsaspekte decken sich jedoch nicht voll. Dabei ist die Tendenz, einen Arbeitsplatz zwar als Verbesserung, aber nicht als Dauerlösung, mit der man zufrieden ist, einzustufen, weitaus stärker ausgeprägt, als

der umgekehrte Fall, daß man einen Arbeitsplatz als Verschlechterung betrachtet, ihn aber trotzdem als Dauerlösung akzeptiert.

Es zeigt sich weiterhin, daß sich die Anteile von Männern und Frauen, die mit ihrem Arbeitsplatz im großen und ganzen zufrieden sind, nicht sehr gravierend unterscheiden: 66% der Männer und 62% der Frauen betrachten ihren Arbeitsplatz im Hinblick auf das, was sie gesucht haben, als Dauerlösung. Die übrigen fassen ihre gegenwärtige Stelle nur als Notlösung auf. Bei den Frauen ist allerdings der Anteil von Beschäftigten, die ihrem Arbeitsplatz in keiner Weise etwas Gutes abgewinnen können, wesentlich höher als bei den Männern. Während nur 4% aller berufstätigen Männer angaben, daß sie dringend eine bessere Stelle suchen (es waren auch nur 2%, die sich deutlich verschlechtert hatten), sind es von den berufstätigen Frauen immerhin 15% (deutliche Verschlechterung: 6%). Betrachtet man andere Teilgruppen von Übersiedlern im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit ihrem Arbeitsplatz, läßt sich (bei einem Vergleich mit Tabelle 10) eine durchgehende Tendenz dafür feststellen, daß jeweils mehr Personen dringend eine bessere Stelle suchen als sich gegenüber vorher verschlechtert hatten. Eine Ausnahme bilden die gehobenen Angestellten: Hier haben sich nach eigener Aussage mehr Personen durch die Übersiedlung deutlich verschlechtert als dringend eine bessere Stelle suchen. Angesichts der geringen Besetzungszahlen wollen wir darauf jedoch keine weiteren Interpretationsversuche aufbauen.

Insgesamt gesehen liegt der Anteil von Übersiedlern, die dringend eine bessere Stelle suchen, weit über dem Durchschnitt (7%) bei folgenden Gruppen: Frauen (15%), Übersiedlern mit einem Schulabschluß unterhalb der 10. Klasse (13%) und Übersiedlern, die in der ehemaligen DDR als Un- oder Angelernte eingesetzt waren (18%), wobei die letztere Teilgruppe sehr klein ist und sich stark überschnei-

Tabelle 11: Bewertung des Arbeitsplatzes gemessen an eigenen Wunschvorstellungen durch verschiedene Teilgruppen von berufstätigen Übersiedlern (Angaben in %)

Bewertung des Arbeitsplatzes	Geschlecht		Alter		Schulabschluß			Berufliche Stellung in der ehem. DDR				Wohnsituation		Vergleich der beruflichen Situation mit vor der Übersiedlung					insgesamt
	männl.	weibl.	unter 25	40 u. älter	8 Klassen bzw. keinen	10 Klassen	Höheren Abschl. u.	Un-/an-gelernt	Fach-arbeiter	einfach/mittel	gehob./leitend	Über-gangsheim	Miete	deutlich verbessert	wenig verbessert	gleich-geblieben	eher verschlechtert	deutlich verschlechtert	
Als Dauerlösung, entspricht voll meinen Vorstellungen	30	29	33	29 (28)	39	26 (27)		(26)	30 (34)	(29)	(31)	28	50 (11)	(22)	(4)	-		29	
Als Dauerlösung, auch wenn nicht alles meinen Vorstellungen entspricht	36	33	27	36 (45)	33	37 (32)		(38)	35 (36)	(40)	(33)	36	32 (50)	(44)	(14)	-		35	
Als Notlösung/Übergangslösung, auch wenn nicht alles schlecht ist	29	24	33	27 (21)	15	30 (35)		(18)	30 (21)	(29)	(28)	28	14 (34)	(30)	(63)	(40)		28	
Als Notlösung, ich suche dringend nach etwas Besserem	4	15	8	7 (7)	13	6 (4)		(18)	5 (9)	(2)	(6)	7	3 (5)	(3)	(20)	(60)		7	
Keine Angabe	1	-	-	1 -	-	1 (1)		-	1 -	-	(2)	1	1 -	(1)	-	-		1	
Summe	100	101	101	100 101	100	100 99		100	101 100 100	100	100	100	100	100 100 100	101	100	100	100	
Zahl der Fälle	312	157	116	277 76	104	287 77		34	256 89 55		54	398	211	97 95	51	15		469	

det mit jenen Übersiedlern, die einen niedrigen Schulabschluß haben. Dagegen gibt es keinen Zusammenhang zwischen Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz und der Wohnsituation: Übersiedler, die noch in öffentlichen Unterbringungen wohnen, haben nach eigenem Urteil keinen schlechteren Arbeitsplatz als jene, die in einer Mietwohnung leben. Allerdings ist auch hier der geringe Umfang der ersten Gruppe (54 Personen) zu berücksichtigen.

5.2.5 Arbeitsplatzsuche, Erfahrungen mit dem Arbeitsamt

Im Befragungszeitpunkt waren 61 Übersiedler unserer Erhebung arbeitslos gemeldet (vgl. Tabelle 6). Die Frage, ob man auf Stellensuche sei, beantworteten jedoch, wie sich im vorausgehenden Abschnitt bereits abzeichnete, mehr Personen, nämlich 141 Befragte, mit „ja“. Sie rekrutierten sich nicht allein aus den arbeitslos gemeldeten Übersiedlern (zwei von diesen gaben an, zur Zeit keine Arbeit zu suchen, möglicherweise hatten sie eine Stelle fest in Aussicht) und aus Berufstätigen, die eine andere Stelle suchten (67 Befragte). Auch ein Teil derjenigen, die sich selbst als nichtberufstätig einstufen (nämlich vier Befragte) oder die in Ausbildungs-, Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahmen waren (11 Befragte), gaben an, daß sie Arbeit suchen (nicht tabellarisch ausgewiesen).

Betrachtet man, unabhängig vom jeweiligen Ausgangsstatus, welche soziodemographischen Segmente überproportional hoch unter den Arbeitssuchenden vertreten sind, trifft man auf Teilsegmente, die bereits bei der bisherigen Analyse auffielen. Es sind jene Personengruppen, die, sofern sie einen Arbeitsplatz haben, eine überdurchschnittlich lange Sucharbeitslosigkeit hinnehmen mußten und bei denen überproportional viele Arbeitsplätze hatten, die nicht ihren Wunschvorstellungen entsprachen. Der Anteil von Personen, die Arbeit oder eine neue Stelle suchen, ist überproportional hoch bei Frauen (32% suchen Arbeit, dagegen nur 17% der Männer) und bei Übersiedlern, die in der ehemaligen DDR als Un- oder Angelernte eingesetzt waren. Er steigt mit zunehmendem Alter und was den Schulabschluß betrifft, so waren Übersiedler mit mittlerem Abschluß (10. Klasse) zu einem geringeren Anteil auf Stellensuche als jene mit niedrigerem bzw. höherem Schulabschluß (vgl. hierzu Tabelle 12).

Alle Arbeitssuchenden gaben zusätzlich Auskunft darüber, seit wievielen Monaten sie auf Stellensuche waren. Hier zeigte sich (nicht tabellarisch ausgewiesen), daß bei Übersiedlersegmenten, die durch einen hohen Anteil von

Tabelle 12: Anteile von Befragten, die eine (neue) Stelle suchen, bei verschiedenen Teilgruppen von Übersiedlern (Angaben in %; Basis alle Übersiedler außer Rentnern, Schülern und Studenten)

Merkmale/Ausprägungen	ja	nein	keine Angabe
<i>Geschlecht</i>			
Männer	17	82	1
Frauen	32	66	2
<i>Altersgruppen</i>			
unter 25	17	81	1
25-39	25	74	1
40 u. älter	28	71	1
<i>Schulabschluß</i>			
8 Klassen bzw. keinen	26	73	1
10. Klasse	22	77	1
Höherer Abschluß	29	69	1
<i>Berufst. Stellung in der ehem. DDR</i>			
Un-/Angelernte	38	62	-
Facharbeiter	20	79	1
einf./mittl. Angest.	27	72	2
gehob./leit. Angest.	24	76	
Zahl der Fälle insgesamt	141	443	6
in %	24	75	1

Arbeitssuchenden auffielen, gleichzeitig die Dauer der Stellensuche überdurchschnittlich lang war. So waren z. B. von den Männern nur 17% auf Arbeitsuche und von diesen Stellensuchenden gab lediglich ein Fünftel an, schon seit mehr als 6 Monaten auf Stellensuche zu sein. Bei den Frauen war der Anteil von Arbeitssuchenden fast doppelt so hoch wie bei den Männern, die Hälfte bemühte sich schon seit mehr als 6 Monaten um Arbeit. Eine ähnliche Tendenz zeigt sich auch bei allen anderen Teilgruppen, die oben besprochen wurden.

Die Dauer der Arbeitsuche ist allerdings noch kein Beleg für die Dringlichkeit, mit der Arbeit gesucht wird. Auf eine entsprechende Frage antworteten etwas mehr als die Hälfte aller Arbeitssuchenden, sie könnten sich etwas Zeit lassen und abwarten, bis sich eine passende Arbeit finde (vgl. Tabelle 13). Bei der Aufgliederung nach Geschlecht sind es wieder die Frauen, die nicht nur seit längerer Zeit schon Arbeit suchen, sondern von denen auch ein größerer Teil darauf angewiesen ist, möglichst schnell Arbeit zu finden.

Tabelle 13: Dringlichkeit der Arbeitssuche aller Stellensuchenden und der Arbeitslosen unter den Stellensuchenden. Vergleich mit der IAB-Erhebung von 1984/85 (Angaben in %)

Dringlichkeit der Arbeitssuche	insgesamt	Arbeitssuchende nach Geschlecht		Arbeitslose unter den Arbeitssuchenden		IAB-Erhebung 1984/85	
		männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Ich muß schnell eine Arbeit finden	45	(38)	(50)	(73)	(57)	75	54
Ich kann mir Zeit lassen	52	(57)	(49)	(13)	(39)	19	41
Keine Angabe	3	(5)	(1)	(14)	(4)	6	6
Summe	100	100	100	100	100	100	101
Zahl der Fälle	141	58	83	15	46	542	1165

In der IAB-Erhebung von 1984/1985 (vgl. Hofbauer 1985), ergab sich bei der wörtlich gleichlautenden Frage ein höherer Anteil von Männern, nämlich 75%, die angaben, sie müßten schnell Arbeit finden, während es bei den Frauen nur 54% waren. Allerdings wurde die Frage damals nur an Arbeitslose gestellt. Betrachtet man bei unserer Erhebung nur die Aussagen von arbeitslosen Männern bzw. Frauen, kommt man in Zahlenbereiche, die keine weiteren Aufschlüsselungen mehr zulassen, denn von den 61 Arbeitslosen sind 15 Männer und 46 Frauen. Erstaunlicherweise finden sich jedoch auch bei diesen kleinen Teilgruppen jeweils fast genau die gleichen Anteile von Personen, die angeben, sie müßten schnell Arbeit finden bzw. könnten sich Zeit lassen, wie in der Untersuchung von 1985 mit ihren aussagefähigeren Befragtenzahlen²⁷ (vgl. Tabelle 13).

Bei den Arbeitssuchenden fällt auf, daß jeweils fast gleich viele Männer und Frauen aus einer Beschäftigung oder Ausbildung heraus Arbeit suchen, nämlich 43 Übersiedler und 37 Übersiedlerinnen. Bei den Männern kommen jedoch nur 14 arbeitslose Stellensuchende hinzu, während es bei den Frauen 45 sind (ein arbeitsloser Mann und eine arbeitslose Frau waren, wie erwähnt, nicht auf Stellensuche).

Von den Übersiedlern, die sich auch über das Arbeitsamt um eine Stelle bemüht hatten (22% aller Arbeitssuchenden hatten sich gar nicht an das Arbeitsamt gewandt), hatten 43% bis zum Befragungszeitpunkt noch keinen Vermittlungsvorschlag erhalten, den übrigen waren Stellen angeboten worden. Mehr als die Hälfte sagte allerdings, darunter sei keine Stelle gewesen, die für sie in Frage gekommen sei. 1984/85 war der Anteil von (arbeitslosen) Arbeitssuchenden, denen bis zum Befragungszeitpunkt noch keine Stelle angeboten worden war, wesentlich höher gewesen, er lag bei 57%. Trotz der weitaus höheren Zuwanderungszahlen von 1989 (wobei in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden darf, daß außerdem von 1988 bis 1990 fast eine Million Aussiedler zugewandert waren), konnte also mehr Übersiedlern eine Stelle angeboten werden als fünf Jahre vorher.

Kontakt mit dem Arbeitsamt hatten nicht nur Personen gehabt, die im Befragungszeitraum auf Stellensuche waren, sondern 93% aller Befragten. Zumindest in der Anfangszeit hatten viele Übersiedler Arbeitslosen- oder Unterhaltsgeld beantragt und sich wegen der Stellensuche an das Arbeitsamt gewandt. Angesprochen auf die Erfahrungen, die sie mit dem Arbeitsamt gemacht hatten, bezeichneten 22% ihre Erfahrungen als eher schlecht oder sehr schlecht (40% als eher gut, bzw. sehr gut, Rest: teils/teils). Während dieser Prozentsatz fast genau jenem aus der Untersuchung von 1984 entspricht (damals waren es 20%), war es im Unterschied zu damals nicht in erster Linie der Mangel an Arbeitsplätzen, der dem Arbeitsamt angelastet wurde. Kritisiert wurde vor allem die Art der Beratung bzw. eine fehlende oder schlechte Beratung. Zum Teil sah man die Ursachen in der Überlastungssituation der Arbeitsämter („Massenabfertigung“, „lange Wartezeiten“, „überfüllte Sprechzeiten“), zum Teil in der ungenügenden Informiertheit der Arbeitsamtsmitarbeiter über die Situation der

²⁷ Auch das Ergebnis der damaligen Untersuchung, daß bei jenen Übersiedlerinnen, die angeben, daß sie sich mit der Arbeitssuche Zeit lassen können, Frauen mit erwerbstätigen Ehepartnern überwiegen, findet sich bei unserer Erhebung wieder.

²⁸ 31 davon gaben ihren beruflichen Status als „in Ausbildung, Fortbildung, Umschulung“ an. Das sind etwa 5% aller Befragungspersonen und damit weitaus weniger als in der Untersuchung von 1984/85, damals waren es 12% der Befragten.

Übersiedler und ihre in der ehemaligen DDR erworbenen Berufsabschlüsse und zum Teil auch in persönlicher „Unfreundlichkeit“, „Gleichgültigkeit“, und „Überheblichkeit“. Viele Übersiedler hatten sich angesichts der für sie völlig neuen und ungewohnten Situation, arbeitslos zu sein und sich möglicherweise beruflich neu orientieren zu müssen, mehr persönliche Zuwendung und eine umfassendere Information gewünscht: „Man kann in keinem persönlichen Gespräch sich über die Zukunft aussprechen.“

Im Zusammenhang mit der Personalsituation der Arbeitsämter steht ein zweiter Kritikpunkt, nämlich eine schleppende Abwicklung von Leistungsansprüchen: „Die mir zustehenden finanziellen Leistungen sind nach 12 Monaten noch nicht geklärt“. Was die Vermittlung von Arbeitsplätzen betrifft, so wurde dem Arbeitsamt häufig angelastet, daß die Stellen, zu denen man geschickt wurde, schon besetzt waren und man sah sich auf Arbeitsplätze gedrängt, bei denen es Bedarf an Arbeitskräften gab, die jedoch nicht der eigenen Qualifikation entsprachen oder darunter lagen („Wäre lieber Dachdecker geblieben, mußte Kraftfahrer machen, weil Winter war“).

5.2.6 Berufliche Qualifizierung von Übersiedlern

Knapp 20% aller Übersiedler, die als potentielle Erwerbspersonen in den Westen kamen, haben seit ihrer Ankunft im Westen an einem Fortbildungs- oder Umschulungslehrgang teilgenommen. Zum Teil handelte es sich um relativ kurze Schulungen, 60% dieser Lehrgänge dauerten maximal 3 Monate, weitere 11% 4 bis 6 Monate, die restlichen 29% 7 Monate und länger.

Die Inhalte dieser beruflichen Qualifizierungen waren entsprechend der Vielfalt der Herkunftsberufe der Übersiedler sehr unterschiedlich. Der einzige Schwerpunkt, der sich feststellen läßt, war die Vermittlung von EDV-Kenntnissen. 24% der Kurse hatten in irgendeiner Weise etwas mit EDV zu tun, wobei im einzelnen sehr unterschiedliche Kurse dahinterstehen, die von CAD (Computer Aided Design) und CNC-Lehrgängen (Computer Numeric Controlled) über Textverarbeitungskurse bis zur Ausbildung zum Programmierer gingen.

Im Befragungszeitpunkt nahmen noch 44 Übersiedler an einem beruflichen Qualifizierungslehrgang teil bzw. machten eine Berufsausbildung²⁸. Jene Übersiedler, die diese Ausbildung bereits abgeschlossen hatten, wurden gefragt, inwieweit sie ihre in dem Kurs erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten im Beruf verwerten konnten. Immerhin zwei Drittel von ihnen sagten aus, sie hätten das im Lehrgang vermittelte Wissen gut verwerten können.

5.2.7 Arbeitslosigkeit von Übersiedlern im Befragungszeitpunkt

Wie bereits erwähnt, waren im Befragungszeitpunkt 15 Männer und 46 Frauen arbeitslos. Das sind 10% aller Befragungspersonen bzw. 12% der als Erwerbspersonen zugewanderten Übersiedler. Da – wie ausführlich besprochen – der Panelschwund nicht stichprobenneutral war, dürfte damit die Arbeitslosigkeit der Übersiedler etwas unterschätzt werden. Dagegen ist nicht anzunehmen, daß die von Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Personengruppen unserer Erhebungen von denen in der Gesamtheit der Übersiedler abweichen. Zwar ist die Zahl von 61 Arbeitslosen so niedrig, daß weitere Untergliederungen zu statistisch wenig abgesicherten Ergebnissen führen. Man kann jedoch sagen, daß unsere Ergebnisse, was die grund-

sätzliche Tendenz betrifft, jeweils durch eine breitere Zahlenbasis gestützt werden. Die bisherige Analyse hat gezeigt, daß unterschiedliche Indikatoren von Eingliederungsproblemen, wie z. B. eine überdurchschnittlich lange Sucharbeitslosigkeit bis zur ersten Arbeitsaufnahme oder ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Personen, die eine Verschlechterung ihrer beruflichen Situation akzeptieren müssen, jeweils bei den gleichen Teilsegmenten von Übersiedlern auftreten. Diese Gruppen sind auch am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen, was man als extremste Ausprägung einer wenig gelungenen beruflichen Eingliederung auffassen kann.

Was die Situation von Frauen im Vergleich zu derjenigen von Männern betrifft, so sind die Unterschiede im Eingliederungserfolg so ausgeprägt, daß sie bereits bei der bisherigen Analyse, die nicht auf eine besondere Heraushebung geschlechtsspezifischer Unterschiede abgestellt war, nicht zu übersehen waren: Es gibt so gut wie keinen Indikator für berufliche Eingliederung, bei dem Übersiedlerinnen nicht schlechter abgeschnitten hätten als Übersiedler. So kann man es beinahe als logische Fortsetzung der schlechteren Berufssituation der Frauen betrachten, daß auch die Arbeitslosigkeit bei Übersiedlerfrauen viel höher war als bei Männern. Während in die Befragung 218 weibliche und 334 männliche Erwerbspersonen (einschließlich der Teilnehmer an Fortbildung und Umschulung) einbezogen waren, machten Frauen andererseits drei Viertel aller Arbeitslosen aus²⁹. Zudem hatten die Frauen längere Arbeitslosigkeitszeiten als die Männer. Von jenen 37 Arbeitslosen, die seit der Übersiedlung noch nicht in Arbeit gewesen waren, waren 31 Frauen.

Die Tendenz einer starken Überrepräsentation der Frauen bei den Arbeitslosen wird – wenngleich nicht in dieser extremen Ausprägung – durch alle Daten, die zur Arbeitsmarktsituation von Übersiedlern und Übersiedlerinnen zur Verfügung stehen, belegt. So waren nach den Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit 67% aller arbeitslosen Übersiedler Frauen (Erhebungszeitpunkt September 1990; Quelle: Bundesanstalt für Arbeit 1991, S. 713), obwohl sie bei den zugewanderten Erwerbspersonen einen Anteil von weniger als 50% hatten³⁰. In der IAB-Erhebung von 1984/85 lag der Frauenanteil bei den Befragungspersonen bei 55%, bei den Arbeitslosen bei 68%. Die Ergebnisse von Schuhmann u. a. zu diesem Thema (vgl. Schuhmann u. a. 1990) sind insofern interessant, als sich zeigte, daß die Arbeitslosenquote der Frauen auch mehrere Jahre nach der Übersiedlung noch wesentlich höher war als die der Männer, nämlich 14,4% zu 6,9% (vgl. Schuhmann u. a. 1990, S. 11), obwohl die Erwerbsbeteiligung der Frauen seit der Übersiedlung zurückgegangen war.

Die Ursachen für die überproportional hohe Arbeitslosigkeit von Übersiedlerinnen brachte Hofbauer (vgl. Hofbauer 1985, S. 343 ff) in seiner Untersuchung vor allem in Zusammenhang damit, daß zumindest für Frauen mit erwerbstätigem Ehepartner der Druck zu arbeiten nicht sehr groß sei, und sie andererseits aufgrund ihrer Erwerbstätigkeit in der ehemaligen DDR zum Befragungszeitpunkt noch Anspruch auf Arbeitslosengeld hatten. In der politischen Diskussion zur Situation der Übersiedlerinnen von 1989/90 wurde meist die geringe Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen in den alten Bundesländern herausgestellt, die eine Berufstätigkeit von Übersiedlerinnen mit Kindern auch bei ausgeprägtem Erwerbswunsch oder der dringenden Notwendigkeit zu arbeiten, häufig verhindere. So wie es plausibel ist, daß je nach Ausgangssituation die eine oder die andere Ursache Einfluß hat, finden sich auch in unserer Erhebung je nach Familiensituation Belege für beide Hypothesen: Von den 15 arbeitslosen Männern waren 11 ledig. Von den 46 arbeitslosen Frauen hatten 28 einen erwerbstätigen Ehepartner. Für diese beiden Teilgruppen könnte man unterstellen, daß sie sich eher „leisten“ können abzuwarten, bis sich eine geeignete Arbeit findet, da sie entweder für niemanden sorgen müssen (ledige Männer) oder der Lebensunterhalt durch den erwerbstätigen Ehepartner gesichert ist. Daneben gab es eine kleine Gruppe, nämlich acht arbeitslose Übersiedlerinnen, für die die Vermutung, daß sie auf ein eigenes Erwerbseinkommen nicht so dringend angewiesen sind, in keiner Weise gilt, da sie als Alleinerziehende jeweils für mindestens ein Kind zu sorgen hatten. Andererseits waren sie äußerst eingeschränkt in den Arbeitsstellen, die sie annehmen konnten. Sogar wenn sie einen Kindergartenplatz bekamen, ermöglichen – worauf die betroffenen Frauen hinwiesen – die kurzen Öffnungszeiten häufig nicht einmal eine Teilzeitarbeit³¹.

Was weitere Merkmale betrifft, die bei Übersiedlern in gleicher Weise wie bei der einheimischen Bevölkerung³² die Chancen der Eingliederung in den Arbeitsmarkt beeinträchtigen (vgl. Hofbauer 1985, S. 344 ff; Blaschke 1990, S. 258), also z. B. ein beruflicher Status als Ungelernter oder ein höheres Alter, so gilt für jedes dieser Merkmale, daß es auch mit überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenanteilen verbunden ist. Da diese Teilsegmente sehr klein sind (85 Erwerbspersonen unserer Stichprobe waren zwischen 40 und 63 Jahren, 15 davon arbeitslos; zum Befragungszeitpunkt waren von den 51 Befragten, die in der ehemaligen DDR als ungelernete Arbeiter eingesetzt waren, noch 48 Erwerbspersonen, 12 von ihnen waren arbeitslos), wird auf die Wiedergabe von Arbeitslosenquoten verzichtet.

6 Statt einer Zusammenfassung: Die berufliche Eingliederung der Übersiedler von 1984 und 1989 – Ein Vergleich der Ergebnisse aus zwei Erhebungen

Betrachtet man die Ergebnisse aus den Untersuchungen von 1984/85 und 1989/90 zur beruflichen Eingliederung von Übersiedlern, zeigt sich bei allen Fragen, die nur indirekt mit dem Arbeitsmarktgeschehen zu tun haben, eine erstaunlich große Übereinstimmung im Antwortverhalten. So sagten z. B. 39% der Übersiedler von 1984 aus, sie hätten sehr gute oder eher gute Erfahrungen mit dem Arbeitsamt gemacht, bei den Übersiedlern von 1989 waren es 40%; in der Befragung von 1984/85 waren es 29% der erwerbstätigen Übersiedler, die ihre erste Stelle durch Vermittlung des Arbeitsamtes erhalten hatten, 1990 gaben 27% der Befragungspersonen an, sie seien durch Vermitt-

²⁹ Das ergibt für die Frauen eine Arbeitslosenquote von 21,1%, für die Männer von 4,5%. Wobei zusätzliche zu berücksichtigen ist, daß ein Teil der Frauen bereits in die Stille Reserve abgedrängt wurde, d. h. sich hier als nicht berufstätig aber arbeitsuchend einstuft (sie wurden nicht den Arbeitslosen zugerechnet). Damit war die Arbeitslosenquote der männlichen Übersiedler sogar niedriger als die aller männlichen Erwerbspersonen im Vergleichszeitraum in den alten Bundesländern, sie lag bei 5,6%; Übersiedlerinnen dagegen hatten eine weitaus höhere Arbeitslosenquote als alle Frauen in den alten Bundesländern (7,6%).

³⁰ Exakte Angaben zur Struktur aller zugezogenen Übersiedler stehen, wie erwähnt, nicht zur Verfügung.

³¹ Allerdings hat es auch ein großer Teil der alleinerziehenden Mütter geschafft, eine (bezahlte) Beschäftigung zu finden. 23 (von 42) waren berufstätig, vier Frauen nahmen an einer Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahme teil und sieben Alleinerziehende waren im Befragungszeitpunkt aus dem Erwerbsleben ausgeschieden.

³² Und inzwischen noch deutlicher in der ehemaligen DDR, vgl. hierzu den Beitrag von Bielenki, Magvas und Parmentier in diesem Heft.

lung des Arbeitsamtes zu ihrer ersten Stelle gekommen. Ähnlich hoch war, wie in Tabelle 13 dargestellt, die Übereinstimmung in der Dringlichkeit, mit der arbeitslose Männer bzw. Frauen eine Stelle suchten.

Große Unterschiede dagegen gab es bei allen Angaben, die in irgendeiner Weise als Indikatoren für berufliche Eingliederung betrachtet werden können. Der hierfür wesentlichste Indikator, die Arbeitslosenquote, lag in der Erhebung von 1984/85 bei 42%, in der Erhebung zur Situation der Übersiedler von 1989 bei 12% (bezogen auf die Übersiedlererwerbspersonen).

Während das Niveau der für die Übersiedler festgestellten Arbeitslosigkeit 1990 weitaus niedriger war als 1985, fand sich andererseits große Übereinstimmung in den Teilsegmenten, die über- bzw. unterproportional von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Besonders auffallend ist die weitaus geringere Arbeitslosigkeit von Männern im Vergleich zu derjenigen von Frauen und die niedrigere Arbeitslosigkeit von Facharbeitern im Vergleich zu allen anderen Statusgruppen.

Für das Ergebnis, daß in der Erhebung von 1989/90 eine weitaus höhere Quote der beruflichen Eingliederung verzeichnet werden konnte als 1984/85, sind folgende Ursachen denkbar:

- Unterschiede in Methode und Anlage der Erhebung,
- Unterschiede in der Struktur der Zuwanderer,
- Unterschiede in der Arbeitsmarktsituation.

Was die *Erhebungsunterschiede* betrifft, so gibt es tatsächlich Faktoren, die in Richtung einer erhebungsbedingten höheren Eingliederungsquote bei der Untersuchung von 1989/1990 im Vergleich zu derjenigen von 1984/85 wirken. Die erste Erhebung bezog sich auf Übersiedler, die sich bei Ankunft arbeitslos gemeldet hatten, die Befragung fand etwa 8 Monate später statt. Die Übersiedler unserer Erhebung waren seit einem bis eineinhalb Jahren im Westen, etwa 7% von ihnen hatten bereits bei der Ankunft einen Arbeitsplatz. Dazu kommen die besprochenen Auswirkungen des Panelschwunds von der ersten zur zweiten Erhebungswelle.

Während der Einfluß dieses letzten Aspekts auf die Eingliederungsquote der Übersiedler nicht exakt quantifizierbar ist, können Stichprobenabgrenzung und Stichtag für die Frage nach der Erwerbssituation, vergleichbar gemacht werden: Im Zeitraum bis zu acht Monaten nach der Übersiedlung hatten 84% derjenigen Übersiedler, die als Erwerbspersonen in den Westen kamen, eine Stelle gefunden. Läßt man jene Personen, die von Anfang an einen Arbeitsplatz im Westen hatten (also nicht arbeitslos waren), außer acht, liegt die Quote bei 83%. Das bedeutet, 83% der Übersiedlererwerbspersonen, die beim Start im Westen arbeitslos waren, hatten bis spätestens acht Monate nach der Ankunft eine Stelle. Allerdings kann ein Teil von ihnen zu diesem Zeitpunkt bereits wieder arbeitslos geworden sein. Die Wahrscheinlichkeit hierfür ist jedoch gering. Im Befragungszeitpunkt lag die Arbeitslosenquote der Übersiedler, die seit ihrer Ankunft im Westen schon einmal gearbeitet hatten, bei 5%. Sogar wenn man annimmt, daß von jenen Übersiedlern, die binnen acht Monaten eine Stelle gefunden hatten, 10% an diesem Zeitpunkt wieder arbeitslos waren, kommt man zu einer Eingliederungsquote von 75%. Man kann also davon ausgehen, daß mindestens 75% der Übersiedler, die beim Start im Westen arbeitslos (und arbeitssuchend) waren, acht Monate nach der Übersiedlung einen Arbeitsplatz hatten. In der Erhe-

bung von 1984/85 lag die entsprechende Quote bei 44%. Das bedeutet, auch wenn man zusätzlich noch in Rechnung stellt, daß die Eingliederungsquote etwas niedriger wäre, wenn man alle Teilnehmer der Ersterhebung auch in die zweite Befragung mit einbeziehen könnte, ist die wesentlich höhere Eingliederungsquote für die Übersiedler von 1989 gegenüber den Übersiedlern von 1984 mit Sicherheit nicht auf Erhebungsunterschiede zurückzuführen.

Eine weitere Ursache für die unterschiedlichen Eingliederungsquoten könnte darin liegen, daß die Übersiedler von 1989 verglichen mit denen von 1984 in höherem Maß *Strukturmerkmale* aufweisen, die eine berufliche Eingliederung begünstigen. In der Tendenz trifft das zu: Wie aus Tabelle 1 ersichtlich ist, waren die Übersiedler von 1989 etwas, jedoch nicht wesentlich jünger als diejenigen von 1984. Auch war der Anteil von Personen mit Facharbeiterausbildung 1989 merklich höher als 1984 und andererseits derjenige der Übersiedler ohne Berufsausbildung bedeutend niedriger, und schließlich waren 1989 weitaus mehr Männer als Frauen gekommen, während es 1984 umgekehrt war. Ein Teil der höheren Eingliederungsquote der Übersiedler von 1989 kann also auch darauf zurückzuführen sein, daß 1989 der Anteil von Personen, die sich unproblematisch beruflich eingliedern ließen, größer war als 1984. Einen entscheidenden Einfluß kann dieser Faktor jedoch nicht haben. Sogar Übersiedlersegmente mit ungünstigen Eingliederungsvoraussetzungen (wie z. B. Frauen) hatten 1989/1990 eine niedrigere Arbeitslosenquote als die Gesamtheit der Übersiedler von 1984/85. Außerdem ist zu bedenken, daß in absoluten Zahlen gemessen 1989/90 weitaus mehr Übersiedler aus diesen benachteiligten Gruppen in Arbeit kamen als 1984 insgesamt in den Westen zuwanderten.

Die wesentlichste Ursache für die weitaus höhere Eingliederungsquote der Übersiedler von 1989 im Vergleich zu derjenigen von 1984 ist die deutliche Verbesserung der *Lage auf dem Arbeitsmarkt*. Von 1984 bis 1989 war die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt um mehr als 1 Mio. auf 27.741.000 angestiegen. Dieser Anstieg der Beschäftigung führte allerdings nicht im gleichen Ausmaß zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenzahlen sind im gleichen Zeitraum lediglich um etwa 230.000 auf rd. 2.038.000 (Jahresdurchschnitt 1989) Personen zurückgegangen. In einer Analyse zur Entwicklung und den Ursachen dieser Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt (vgl. Buttler, Cramer 1991) zeigte sich, daß sich die Chancen für Arbeitslose im Verlauf des Analysezeitraums (1986 bis 1990) zunehmend ungleicher verteilten, es kam zu einem Anstieg beider Extremgruppen, nämlich derjenigen mit sehr kurzen Arbeitslosigkeitszeiten und derjenigen mit besonders langer Dauer. Was die Nachfrageseite betrifft, so verlängerte sich die Laufzeit offener Stellen ab 1986 sehr deutlich (Buttler, Cramer 1991, S. 485). Die Autoren sehen die Ursachen hierfür in den anhaltenden Ungleichgewichten auf dem Arbeitsmarkt, die mit Ausfilterungsprozessen auf Seiten der Arbeitskräfte und der Arbeitsplätze verbunden sind. Ausgehend von regionalen und qualifikatorischen Ungleichgewichten zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage bleiben vor allem jene Stellen übrig, die als wenig attraktiv eingeschätzt werden und jene Arbeitslose, deren Leistungsfähigkeit als gering eingestuft wird. Wobei allein die Dauer der Arbeitslosigkeit und ein höheres Lebensalter sich negativ auf die Einschätzung der Leistungsfähigkeit auswirken.

Übersiedler waren den Sortierprozessen des Arbeitsmarktes in Westdeutschland noch nicht in gleicher Weise und

über einen so langen Zeitraum wie westdeutsche Arbeitslose unterworfen und sie waren zum großen Teil jung. Diese Tatsache und ihre Bereitschaft, auch weniger attraktive Stellen oder solche, die nicht ihrer Qualifikation entsprachen, anzunehmen, führten dazu, daß die meisten von ihnen äußerst rasch in Arbeit kamen.

Auf die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit von 1989/90 in größerem Umfang als jene von 1984/85 als „mis-match-Arbeitslosigkeit“ zu definieren ist, ist also zurückzuführen, daß die Übersiedler von 1989 einesteils rascher eine Arbeit fanden als jene von 1984, andererseits jedoch mehr von ihnen mit der Aufnahme des neuen Arbeitsplatzes im Westen einen Berufswechsel vollzogen. In der Befragung von 1984/85 sagten 39% der berufstätigen Übersiedler aus, ihre neue Tätigkeit hätte sich gegenüber der vor der Übersiedlung so verändert, daß man von einem Berufswechsel sprechen könne, während es in der Befragung von 1990 44% waren. Daß Berufswechsel für die betroffenen Personen nicht grundsätzlich schlechte Eingliederung bedeuten muß, ist allein daraus ersichtlich, daß auch von den Berufswechslern ein großer Anteil, nämlich 60% aussagten, ihre berufliche Situation habe sich, verglichen mit der vor der Übersiedlung, deutlich (40%) bzw. etwas (20%) verbessert (vgl. hierzu Tabelle 10). Fast genauso hoch ist der Anteil von Berufswechslern, die ihren Arbeitsplatz als Dauerlösung betrachten, er liegt bei 57%: 20,5% der Berufswechsler sagten aus, ihr Arbeitsplatz entspreche voll ihren Vorstellungen und 30,5% betrachteten ihn als Dauerlösung „auch wenn nicht alles meinen Vorstellungen entspricht“ (nicht tabellarisch ausgewiesen).

Was die Situation der arbeitslosen Übersiedler anlangt, so könnte man auf der Basis der Analysen zur mis-match-Arbeitslosigkeit (Buttler, Cramer 1991) folgern, daß der Ausfilterungsprozeß für jenen Teil der Arbeitslosen aus der Übersiedlererhebung von 1990, die seit Beginn ihrer Übersiedlung arbeitslos waren (37 Personen oder 7% der Übersiedlererwerbspersonen), stärker fortgeschritten war, als für die im Befragungszeitpunkt arbeitslosen Übersiedler der Erhebung von 1984/85. Das ist nicht allein auf die Tatsache zurückzuführen, daß letztere erst seit acht Monaten, erstere dagegen im Befragungszeitpunkt seit mindestens 12 Monaten im Westen und auch arbeitslos waren, sondern es kommt dazu, daß die Ausgleichsprozesse zwischen Arbeitsnachfrage und -angebot für die Übersiedler von 1989/90 sehr schnell in Gang kamen³³ und im Zeitverlauf kontinuierlich zurückgingen. Wie aus Tabelle 5 sehr deutlich wird, wurden die meisten Eingliederungen bereits im ersten Aufenthaltsmonat im Westen erreicht: 43% der Übersiedler, die im Westen arbeiten wollten, fanden innerhalb des ersten Monats eine Stelle, in den nächsten beiden Monaten waren es bereits weniger, nämlich für beide Monate zusammen 29%, in den folgenden drei Monaten kamen noch 11% dazu. Von jenen Arbeitssuchenden, die im ersten halben Jahr des Aufenthalts noch keine Stelle gefunden hatten, fanden in den folgenden sechs Monaten

nur noch knapp die Hälfte (oder 9% der Arbeitssuchenden) eine Stelle. Besonders augenfällig wird die Tatsache, daß die günstige konjunkturelle Lage Ausgleichs- und damit auch Sortierprozesse enorm beschleunigt hat, bei einer geschlechtsspezifischen Betrachtung (nicht tabellarisch ausgewiesen): Für männliche Übersiedler war es in der Tendenz einfacher, eine Stelle zu finden. Die Eingliederung in Arbeit war für sie praktisch innerhalb von neun Monaten abgeschlossen. Lediglich drei der im Befragungszeitpunkt erwerbstätigen Übersiedler hatten ihre Beschäftigung erst nach diesem Zeitraum aufgenommen. Bei Frauen kam die Eingliederung in Arbeit nicht so schnell in Gang, und sie zog sich länger hin. Insgesamt 15 Frauen gaben im Befragungszeitpunkt an, daß sie ihre erste Stelle nach mehr als neunmonatigem Aufenthalt im Westen gefunden hatten.

Während bei den Übersiedlern von 1989 die Eingliederungsrate im ersten Monat am höchsten war, erreichte sie bei den Übersiedlern von 1984 erst nach dreimonatiger Arbeitslosigkeit ihren Gipfel, und nahm dann nur sehr allmählich ab (vgl. Hofbauer 1985, S. 347)³⁴. Der Anteil von 42% arbeitslosen Übersiedlern in der Erhebung von 1984/85 gab also einen Zwischenstand für einen Matching-Prozeß an, der noch, wenn auch relativ langsam, in Bewegung war. Für die Erhebung von 1989/90 dagegen kann man sagen, daß diese Matching-Prozesse weitgehend abgeschlossen waren. Wenn arbeitslose Übersiedler seit ihrer Ankunft im Westen noch keinen Arbeitsplatz hatten und bereits seit dieser Zeit auf Stellensuche waren, kann man davon ausgehen, daß sie eine zusätzliche Hilfestellung brauchen, um in Arbeit zu kommen.

Literaturverzeichnis

- Blaschke, D. (1987): Erfolgswege zum neuen Arbeitsplatz. Wie Beschäftigte, die den Arbeitgeber wechselten, ihre neue Stelle fanden. In: MittAB 2/1987, S. 164-180
- Blaschke, D. (1990): Aus- und Übersiedler auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt. In: Wirtschaftsdienst 1990/V, S. 256-263
- Büchtemann, C. unter Mitarbeit von A. Höland (1989): Befristete Arbeitsverträge nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz (BeschFG 1985). Berlin
- Buttler, F., U. Cramer (1991): Entwicklung und Ursachen von mis-match-Arbeitslosigkeit in Westdeutschland. In: MittAB 3/1991, S. 483-500
- Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.) (1991): Arbeitsmarkt 1990, Strukturanalyse anhand ausgewählter Bestands- und Bewegungsdaten. Nürnberg
- Bundesministerium für Frauen und Jugend (Hrsg.) (1991): „Integrationsprobleme von DDR-Übersiedlerinnen – Perspektiven, Erfahrungen, Strategien“. In: Materialien zur Frauenpolitik 127 1991
- Cramer, U. (1986): Zur Stabilität von Beschäftigung. Erste Ergebnisse der IAB-Stichprobe aus der Beschäftigtenstatistik. In: MittAB 2/1986, S. 243-256
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (1990): Vereintes Deutschland – geteilte Frauengesellschaft? Erwerbsbeteiligung und Kinderzahl in beiden Teilen Deutschlands. In: DIW-Wochenbericht 41/1990
- Engelbrech, Gerhard (1991): Vom Arbeitskräftemangel zum gegenwärtigen Arbeitskräfteüberschuß: Frauen und Erwerbsarbeit in den neuen Bundesländern. In: MittAB 4/1991, S. 648-657

³³ Was nach den Analysen zur mis-match-Arbeitslosigkeit die Arbeitsmarktsituation der späten 80er Jahre im Vergleich zu den vorausgehenden Jahren kennzeichnet. Die Arbeitslosigkeitszeiten wurden wie erwähnt für jene, die in den Arbeitsmarkt gut integrierbar waren, kürzer.

³⁴ Damals waren es nur 6% der im Befragungszeitpunkt erwerbstätigen Übersiedler, die ihre erste Stelle bereits nach einem Monat Arbeitslosigkeit gefunden hatten, nach drei Monaten Arbeitslosigkeit fanden 18% einen Arbeitsplatz, nach sechs Monaten waren es 12%, nach sieben Monaten 9% (die Betrachtung ist jeweils auf den Monat bezogen, also nicht kumuliert). Bei dem Rückgang von 12% auf 9% könnten bereits erhebungsbedingte Ursachen mit eine Rolle spielen, da der zeitliche Abstand zwischen (erster) Arbeitslosmeldung und Befragungszeitpunkt für die Übersiedler zwischen sechs und zehn Monate betragen konnte.

- von Henniges, H. (1991): Ausbildung und Verbleib von Facharbeitern. BeitrAB 155. Nürnberg
- Hofbauer, H. (1985): Die berufliche Eingliederung von Übersiedlern aus der DDR und Berlin (Ost). In: MittAB 3/1985, S. 340-355
- Infratest Kommunikationsforschung (1990): Übersiedler und Flüchtlinge aus der DDR: ihre Ausreise, ihre Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik, ihre Perspektiven. München
- Lüttinger, P. (1989): Integration der Vertriebenen: eine empirische Analyse. Frankfurt/Main, New York
- Nahm, P. P. (1971): . . . doch das Leben ging weiter. Skizzen zur Lage, Haltung und Leistung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Eingesessene nach der Stunde Null, Köln/Berlin
- Ronge, V. (1990): Die soziale Integration von DDR-Übersiedlern in der Bundesrepublik Deutschland. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung des Parlament, B1-2/90
- Schuhmann, K. F., H. Kaspras, M. Gehrman, G. U. Dietz (1990): Integration von DDR-Bürgern und Bürgerinnen in der Bundesrepublik Deutschland. Unveröffentlichtes Manuskript
- Statistisches Amt der DDR (Hrsg.) (1989): Statistisches Jahrbuch 1989 der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin
- Troltsch, K. (1992): Qualifikations- und Berufsfindungsprobleme von Übersiedlern aus der ehemaligen DDR – Ergebnisse einer Repräsentativbefragung zur beruflichen Integration von Übersiedlern. Bundesinstitut für Berufsbildung, Der Generalsekretär (Hrsg.), Berlin/Bonn, Veröffentlichung in Vorbereitung
- Voigt, D., H. Belitz-Demiriz, S. Meck (1990): Soziodemographische Struktur und Einstellung von Flüchtlingen/Übersiedlern aus der DDR vor und nach der Grenzöffnung. Unveröffentl. Manuskript, Bochum